

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tagl. Unterhaltungsbelags Lekt., Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 90 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3.—, Ausland tagl. mit Nachnahme der Port- und Frachtpost. **Redaktion:** Nr. Bräutigamstraße 14, II. Tel. 5468. **Sprechstunde** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Nr. Bräutigamstraße 14. Tel. 1789. **Verlagszeit** von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. **Inserte** werden die Spaltenweise mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Kleinanzeigen 25 Pf. Interests müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 119. Dresden, Dienstag den 27. Mai 1913. 24. Jahrg.

Die Beratung der Militärvorlage wurde am Montag in der Subkommission in erster Sitzung beendet.

Der Reichstag nimmt heute seine Tätigkeit wieder auf.
Der französische Senat hat das Budget des Konzerne noch einer Aussprache über die Ostpolitik angenommen.
Die serbische Regierung hat Bulgarien aufgefordert, den Vertrag über die Verteilung Mazedoniens zu ratifizieren.
Zwischen Italien und Griechenland soll eine Verständigung in der albanischen Frage zustande gekommen sein.

Reichsbürgerrecht.

h. Behor der Reichstag die große Heeresvorlage verabschiedet, wird er das neue Staatsangehörigkeitsgesetz unter Dach und Fach bringen. Mag dieses Zusammenreffen auch ein zufälliges sein, nach seinem Inhalt und seiner Gestaltung bildet das Staatsangehörigkeitsgesetz auch als Anhang der Heeresvorlage erscheinen.

Die weitjuridischen Vorarbeiten für das Gesetz — vor 14 Jahren hat die Regierung eine Kommission zur Feststellung eines neuen Entwurfs berufen — und die Regierungsvorlage stellen als Hauptziel der Reform die Erhaltung der uns Ausland abgewanderten Deutschen für das Reich auf. Zu diesem Zweck soll die Vorschriften, nach der durch ununterbrochenen Aufenthalt im Ausland von mehr als zehn Jahren die deutsche Staatsangehörigkeit verloren geht, beseitigt und den im Ausland lebenden Deutschen die Erfüllung der Militärpflicht durch Dienstleistung in der Schutztruppe, Befreiung von Leibungen, Gewährung von Reisefreien u. a. erleichtert werden. Die Mehrheit der Kommission des Reichstags ist der Regierungsvorlage gefolgt und hat andere notwendige Änderungen abgelehnt. So ist an einer Reform, die die tatsächliche Gleichstellung aller Deutschen innerhalb der zum Reich vereinigten Bundesstaaten hätte bringen müssen, in der Hauptsache eine Reform des Wahrgesetzes geworden.

Zwei Punkte sind es, auf die es in erster Linie ankommt: die Gleichstellung aller Deutschen im Reich und die Erleichterung der Aufnahme der Ausländer.
Artikel 3 der Reichsverfassung spricht zwar von der Gleichstellung aller Deutschen, in Wirklichkeit besteht sie aber bekanntlich nicht. Die Ausübung politischer Rechte, insbesondere das Wahlrecht in den Einzelstaaten und zu den Gemeindevertretungen, ist in den meisten Bundesstaaten auf die eigenen Staatsangehörigen beschränkt. Der Einwand, daß nach dem Gesetz jedem Angehörigen eines Bundesstaates die Aufnahme in den Verband des Staates gewährt werden muß, in dem er sich niederlassen hat, will nicht viel bedeuten. Die Verwirklichung dieses Rechtes ist nicht immer leicht; ihr begreifen die mehr oder weniger unbefähigten Schwierigkeiten. Aber um die Aufnahme in den Verband eines Bundesstaates nachzufragen, muß man die bisherige Staatsangehörigkeit nachweisen. Das ist oft nicht leicht. Da die Staatsangehörigkeit sich beruht und sehr oft mit der des Geburtsortes nicht übereinstimmt, ist oft nicht festzustellen, welcher Staatsangehörigkeit sich der Geschwister erzieht. Das ist sowohl durch die deutsche Kleinanzereie wie durch die Binnenwanderung der Bevölkerung bedingt. Besonders an den Grenzen der Vaterländer machen sich hier oft ungelösbare Schwierigkeiten bemerkbar. Von diesen Schwierigkeiten scheint die Mehrheit der Reichstagskommission keine Kenntnis gehabt zu haben, sonst hätte sie die Anträge unserer Genossen, die diese Schwierigkeiten aus dem Wege räumen wollten, nicht abgelehnt haben. Jeder preussische Landrat, jeder sächsische Kreisoberhaupt, jeder Verwaltungsbeamte eines anderen Staates — jeder Arbeitersekretär hätten der Kommission nachweisen können, daß die Feststellung der Staatsangehörigkeit, wie sie nach dem Gesetz erfolgen soll, in Tausenden von Fällen gar nicht möglich ist und daß man sich in der Praxis damit durchhilft, daß der Besitz der Staatsangehörigkeit in diesen Fällen „vernunflich“ wird. Da die Mehrzahl aller Deutschen eine „angekommene“ Staatsangehörigkeit besitzt, die auf die Kinder beruht wird, so müßte eigentlich immer festgestellt werden, welche ursprüngliche Staatsangehörigkeit besteht. Im Römisch-Sächsischen gehen die Behörden auch soweit, die Staatsangehörigkeit des Großvaters festzustellen, wenn sie um die Erteilung eines Staatsangehörigkeitsausweises ersucht werden. Es ist ja beschwerlich, daß man nicht weiter zurückgeht. Das Gesetz würde erlauben, noch weiter nachzuforschen. Bestimmte Angaben über die Staatsangehörigkeitsverhältnisse des Großvaters zu machen, ist sehr selten unmöglich und wird mit der zunehmenden Binnenwanderung immer schwieriger. Auf alle Fälle entstehen aber immer Schwierigkeiten und durch die Beschaffung der nachweise erhebliche Kosten. Beides veranlaßt manchen, seinen Plan, die bisherige Staatsangehörigkeit festzustellen, um eine neue zu erwerben, aufzugeben. Das ist den Behörden sehr erwidert. Durch die Besorgung dieser Ausweispapiere, die mit Kosten verbunden ist, wird auch die Vorfrist des

Reichsgesetzes, daß jedem Deutschen die Aufnahmeurkunde loschen- und gebührenfrei zu erteilen ist, ihres Wertes beraubt. Die Schwierigkeiten, die bei Erwerb der Staatsangehörigkeit entstehen, sind den Behörden genau bekannt, wie sie auch wissen, daß die Vorschriften des Gesetzes gar nicht immer zu erfüllen sind. Da hiezu in der Hauptsache die Angehörigen der Arbeiterklasse, also politisch „unzuverlässige Elemente“ betroffen werden, so mag das manchem ganz recht sein. Der Reichstag hat aber die Pflicht, die Gesetze so zu gestalten, daß sie in der Praxis ausgeführt werden können und daß bei ihrer Anwendung durch die Verwaltungsbehörden nicht ihr Zweck vereitelt werden kann, ja muß. Das ist jetzt der Fall und wird es, da hierin keine Aenderung eintreten soll, auch in Zukunft sein. Beseitigt man diesen Zustand nur in einem, wenn jedem Deutschen in jedem Bundesstaate, in dem er seinen Wohnsitz nimmt, ohne weiteres die Staatsangehörigkeit gewährt wird, d. h. wenn sie mit der Niederlassung ohne weiteres erworben wird. Das ist von unseren Genossen beantragt worden und wird auch hoffentlich im Plenum aufs neue verlangt werden.

Der andere wichtige Punkt betrifft die Ausländer. Mehr als eine Million Ausländer arbeiten in Deutschland, ja sind notwendig in Deutschland. Von ihnen sind manche in Deutschland geboren. Ein Recht auf Naturalisation oder Einbürgerung, wie es jetzt heißt, steht ihnen aber nicht zu. Die wenigen Verbesserungen, die die Kommission für die Ausländer bringt, die in Deutschland geboren sind oder die im deutschen Heere oder in der Marine gedient haben, genügen nicht. So soll einem Ausländer, der in Deutschland geboren und seinen Wohnsitz immer im Inlande gehabt hat, die Einbürgerung gewährt werden müssen, wenn er zwei Jahre nach erreichtem Volljährigkeit darum nachsucht, also in einem Alter, in dem er noch zur Erfüllung der militärischen Dienstpflicht herangezogen werden kann. Der Ausländer aber, der in Unkenntnis seiner Ausländerangehörigkeit diesen Antrag nicht innerhalb der zwei Jahre nach erreichtem Volljährigkeit stellt, braucht nicht aufgenommen zu werden, selbst wenn er im Heere oder in der Marine gedient hat, wie ein Deutscher. Fälle der Art, in denen Söhne von Ausländern, die sich wegen ihrer Verbundenheit mit dem Reich für Deutsche halten, den Militärdienst erfüllen, sind gar nicht selten. Sehr oft wird erst bei der Beschäftigung ihre ausländische Staatsangehörigkeit festgestellt. Sie sollen nach den Vorschlägen der Kommission auch in Zukunft kein unbedingtes Recht auf Aufnahme in den deutschen Staatsverband haben.

Nach ungeheurerlicher als das Unterlassen jeder durchgreifenden Verbesserung in der Reichsteilung der Ausländer ist die Verschlimmerung durch Uebertragung der preussischen Praxis bei der Naturalisation von Ausländern auf die anderen Bundesstaaten. Jetzt sind einige Bundesstaaten etwas weniger als Preußen. Preußen macht den Ausländern diese Schwierigkeiten. Wenn der preussische Regierungsdirektor in der Kommission erklärt hat, daß in Preußen Anwerbeurkunden wegen ihrer Vermögens- und Einkommensverhältnisse niemals ausgestellt werden, so stimmt das einfach nicht. Wenige Wochen nach dieser Erklärung schrieb ein preussischer Landrat einem ausländischen Arbeiter, der um die Naturalisation nachgesucht hatte, daß seinem Gesuche erst nach Vereinerung seiner Einkommensverhältnisse näher getreten werden könne. Und daß politische und konfessionelle Momente bei der Naturalisation in Preußen herabragend mitzureden, ist bekannt. Jetzt soll nach dem von der Kommission abgeleiteten Vorschlag der Regierungsvorlage die preussische Engpässigkeit auf das Reich übertragen werden. Kein Bundesstaat soll einen Ausländer aufnehmen dürfen, bevor der Reichszentraler feststellt hat, ob nicht ein anderer Bundesstaat Einspruch erhebt. Doch der Einspruch nur auf Tatsachen gestützt werden kann, die die Beförderung rechtfertigen, daß die Einbürgerung das Wohl des Reiches oder eines Bundesstaates gefährde, ist eine bedeutungslose Verbrennung der behördlichen Willkür. Die preussischen Behörden werden schon immer etwas finden, was das Wohl des Bundesstaates Preußen gefährdet, und der Bundesrat wird Preußen nie unrecht geben.

Die beiden Punkte, die hier berührt worden sind, sind bedeutungsvoller als die geringen Verbesserungen, die die Kommission vorgenommen hat. Wenn bei der Reform nichts weiter herauskommt, als die von der Regierung gewünschte Förderung des „militärischen Standpunktes“, so ist es schade um die lange Arbeit der Kommission.

Die arabische Bewegung.

Ueber eine Unterredung mit einem eben erst aus Syrien zurückgekehrten Kenner des Landes schreibt unser Korrespondent Mitarbeiter:

Die arabische Bewegung — so begann mein Gewährsmann — befindet sich erst im Stadium der Formierung. Alles ist noch erst im Werden. Aber die Bewegung muß unbedingt ernst genommen werden. Es gibt zwei Hauptherde der syrischen Reformagitator: Kairo in Kopten und Beirut in Christen selbst. Man muß wissen, daß in Kopten selbst die jüdischen Araber eine hervorragende Rolle spielen. Das

begann und hängt zusammen mit den Reformen, die England durchgeführt hat und die das Land zur Mitte gebracht haben. Um diese Reformen durchzuführen, brauchte England erhebliche Elemente oder solche, die ihnen nahestanden. Das waren nun vor allem die christlichen Araber aus Syrien. Auf diese stützte sich England in seinem Reformwert, und so kam es, daß alle hervorragenden Stellungen in Kopten, in den Banken, Handelshäusern sowohl wie in der Beamtenschaft von Christen besetzt sind. Desgleichen ist die ganze arabische Presse Koptens in ihren Händen.

Zugleich damit und gefördert durch die Prosperität Koptens begann eine starke Einwanderung nach Kopten aus Syrien. Auf dieser Basis entwickelte sich dann eine literarische Bewegung mit dem Ziel, den geistigen Zusammenhang zwischen den ägyptischen und syrischen Arabern zu fördern. So wurde die kulturelle und politische Rückwirkung Koptens auf Syrien immer stärker. Das syrische Reformkomitee in Kairo setzt sich zusammen aus Geistesfürern, Advokaten, Kaufleuten, Reformatoren und sonstigen Intellektuellen. Das Komitee in Beirut hat die gleiche Zusammensetzung, nur daß das muslimanische Element hier mehr hervortritt.

Auch in Beirut gab es schon lange vorher Ansätze zu einer arabischen Bewegung. Diese ging nach drei Richtungen: die eine mit der Tendenz der Angleichung an Kopten; die andere mit der Förderung der Angleichung an das Libanon, um mit diesem eine gemeinsame autonome Provinz zu bilden; die dritte — der Bildung eines arabischen Imperiums. Das war sogar schon unter dem alten Regime. Aber freilich, es waren nur erst Keime.

Die Militärbudgetlage in der Budgetkommission.

In der Montagssitzung der Kommission wurde zunächst über die Vermehrung des Sanitätspersonals debattiert, wobei Genosse Koste den erheblichen Mangel an Ärzten beim Heer beanstandete und den militärischen Geist der Sanitätsbeamten kritisierte. Wenn ein kranker, heilloskranker Soldat nach seiner Genesung deshalb mit Arrest bestraft wurde, weil er beim Besuch des Arztes nicht die Hände waschen und die feierliche Behandlung der jüdischen Kerze. Solche Zustände veränderten den großen und gefährlichen Mangel. — Der Kriegsminister behauptete, die Verhältnisse würden sich in nächster Zeit wesentlich bessern; Juden werden nicht von der Sanitätsdienstleistung ausgeschlossen. Der Versammlungsleiter unter Erstattung ihrer Studienkosten für den Heeresdienst zu gewinnen, ist gescheitert. Der Militärarzt soll zum militärischen Charakter ebenfalls in einem Vertrauensverhältnis stehen, darum steht ihm im Frieden auch keine Fahrgeldentziehung zu. Doch die Sanitätsbeamten sind durchgängig den Frontoffizieren gleichgestellt, gab der Minister zu, das sei aber angeblich in ihrem eigenen Interesse liegen. — Die Abg. Erzberger, Wasseremann und Sped betonen gleichfalls die Mängel im Sanitätswesen. Es wäre sehr interessant, zu erfahren, wieviele Offiziere Sanitätsbeamte als Hausärzte halten. Da würde die Berücksichtigung, deren sich die Sanitätsbeamten erfreuen, recht drastisch illustriert werden. — Genosse Stüden wies auf die unbestreitbare Tatsache hin, daß Sanitätsbeamte so geringfügigen Offizieren zweiter Klasse sind. Dem Querschnitt unter den Offizieren der Kaiser-Wilhelm-Akademie, die ja hauptsächlich die Sanitätsbeamten bilden, müßte gegenübergestellt werden. Von einer Entlastung auf dieser Akademie weiß der Minister nichts, nur das Ministerium sei imstande, es und seine Familie lassen sich nur von Militärsgeheimnissen ernähren. Genosse Schöpflin wünschte eine Parole der Art, wie die Geschichtsanklagen im Heer bekämpft werden, und welchen Umfang sie haben. Die Volkspartei forderten in einer Resolution, daß den Sanitätsbeamten ein Teil ihrer Studienzeit auf die penalen Dienstleistungen angerechnet wird. Gegenüber dem Vertreter des Schachamies, der gegen die Resolution Sparmaßregeln ins Feld führte, betonte Genosse Stüden, daß diese Sache Sparmaßregeln nicht angeht. Auf die Pflicht der Sanitätsbeamten hätte sich das Schachami bei Aufarbeitung der Militärbudgetlage beziehen sollen. Die Resolution wurde angenommen.

Generaloberarzt Schulz gab auf die Frage Schöpflins bekannt, in welchem Umfang die Geschichtsanklagen bekämpft werden, besonders auch durch eingehende Belehrung der Mannschaften. Die Zahl der Erkrankungen ist prozentual nicht gewachsen. — Von der Forderung von 13 Regimenten sind nur zwei in der Ausführung der Dienstprämien der Unteroffiziere. Derzeit beträgt die Zahl der Unteroffiziere 1000 W., und nach 12 Jahren 1500 W. gewachsen werden sollen. — Wegen dieser Erhöhung wendet sich der Kriegsminister. Nach 6 Jahren sollten höchstens 5-600 W. gegeben werden, eher könne den Unteroffizieren in den ersten Dienstjahren bereits die Aussicht auf Anstellung sichergestellt werden. Wenn die Leute so hohe Prämien erhalten, werden weniger Lust verspüren, weitere Jahre zu dienen. So hoch bedachte Unteroffiziere werden auch weniger auf die Polizei und Gendarmerie zuzuwandern. — Genosse Koste betonte gleichfalls die Zentralisierung, für die auch der Ankauf von Uniformen, die Unteroffiziere eine wesentlich höhere Abfindung erhalten, wenn sie auf die Reserve anderer Parteien sich bewegen könnten, seinen Antrag zurück und brachte den Wunsch zum Ausdruck, daß im Jahre 1914 eine allgemeine Erhöhung der Dienstprämien eintreffe.

Nach einer weiteren Zentrumsresolution sollen Familien, von denen drei und mehr Söhne der Dienstpflicht genügt haben, für weitere Soldaten vom Reich eine Aufwandsentschädigung von 240 W. jährlich erhalten. Das Schachami hatte seine Bedenken gegen die Forderung, es müßte aber zum Ausdruck gebracht werden, ob auch an Familien, deren Söhne Offiziere werden, die Entschädigung gewährt werden soll. — Der Kriegsminister wünschte, daß diese Bestimmung in einem anderen als den Militärbudget angenommen wird, um nicht den Eindruck zu erwecken als ob es in Deutschland für den Militärdienst, der eine Pflicht ist, eine Vergütung gibt. — Genosse Koste erklärte sich für die Gewährung einer Gelegenheitsbezahlung, aber es sei doch nicht angebracht, für Offiziere oder für die Söhne von reichen Leuten eine solche Entschädigung zu zahlen, sondern doch nur, wenn die Familie in wirtschaftliche Verdrängung durch die Dienstpflicht der Söhne. Genosse Stüden hat eine Reihe weiterer Bedenken hervor, ebenso auch bürgerliche Redner. Der inzwischen abgeänderte Zentrumsantrag wurde gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen, die deshalb dagegen stimmten, weil die Fassung des Antrages eine völlig ungenügende ist.

Die Nationalliberalen forderten, daß während ihrer Dienstzeit verforderte Soldaten auf Wunsch ihrer Angehörigen kostenlos bei Erfränkungen von Soldaten kostenlos in der Heimat behandelt werden. — Der Kriegsminister ist mit der Forderung einverstanden, daß diese erst der Bundesrat Zustimmung nehmen. Ob auch verdrängende Angehörigen diese Vergünstigungen gewährt werden sollen, sei doch fraglich. Der Schachmeister stimmte im Prinzip dem Gedanken zu. — Genosse Koste bezeichnete diese Anträge als eine ungenügende leichtfertige Gesetzesmacheri. Dem Zentrum und den Nationalliberalen schlage ich das Bewußtsein wegen der großen Volksbelastung, die sie durch die Militärbudgetlage auferlegen, es soll nun durch solche Mittelchen nach außen ein guter Eindruck erweckt werden. Man könne gegen den Antrag deshalb schwer stimmen, weil sonst die verlogene Nationalliberalen und Zentrumspresse eine wilde Hege inszenieren würde. — Die Abg. Schiffer und Erzberger protestierten gegen die Kritik Koste, worauf die Resolution einstimmig angenommen wurde.

Das Zentrum forderte die Einführung von 15 Millionen in den Etat, um den Soldaten jährlich einmal freie Hin- und Rückfahrt für einen Urlaub zu gewähren. Genosse Koste wünschte dem Kriegsminister eine Erklärung, daß Urlaub nicht in Rücksicht auf die Fahrkosten bewerkstelligt wird. — Der Kriegsminister erklärte, daß das nicht einzeln werde. Die Zentrumsforderung wurde einstimmig angenommen.

Abg. Müller-Meltingen behandelte die Ausbildung des Offizierskorps. Die Zeit der Ausbildung solle herabgesetzt werden, was für den Bildungszustand des Offizierskorps doch sehr bedenklich ist. — Generalleutnant Wandl hielt diese Befürchtungen für unhaltbar. Die Kommission trat nunmehr in die Beratung der einmaligen Ausgaben ein. Abg. Erzberger betonte, daß die Städte, vornehmlich in Preußen, sehr entzogen gekommen sind, indem sie Grund und Boden vielfach unrentabel hergegeben haben, wodurch 6,7 Millionen Ersparnis für das Reich eingetreten sind. Wenn die Kommission damit einverstanden ist, daß sofort bestimmte Bauten in Angriff genommen werden können, tritt eine weitere Ersparnis von 5,5 Millionen ein. Weiter schlägt der Redner vor, für eine Anzahl Bauten nicht erst Kosten, sondern gleich die volle Kaufsumme zu bewilligen, weil das billiger zu stehen kommt. — Genosse Schöpflin wünschte Auskunft über die Dislokation der neuen Truppenteile, besonders, ob vornehmlich die Städte mit Garnisonen besetzt werden, die die größten pekuniären Opfer bringen. — Der Kriegsminister erkannte die Pflicht an, dem Reichstag Auskunft über die Grundzüge der Dislokation zu geben. Es werde in erster Linie nach militärischen Gesichtspunkten verfahren, allerdings beruhte die Veranlassung auch, dabei so billig wie möglich vorzugehen. Wo aber Städte sich dabei ein Urteil leisten wollen, das mit ihren Interessen nicht im Einklang steht, würde die Verwaltung ab. — Genosse Koste

wies darauf hin, daß so viele Gemeinden bei dem Garnisonstättchenbeweis sich recht drückende Papiere auferlegen. Ihm sei in Chemnitz der Vorwurf gemacht worden, er hätte die Interessen der Stadt Chemnitz hier in der Kommission vernachlässigt. Er lege Wert darauf, festzustellen, daß dem nicht so ist, sondern Herr Erzberger die ihm (Koste) zugeführten Versicherung gelien habe. — Abg. Erzberger bestätigte diese Angabe Koste.

Die Ausgaben für die Unteroffiziere in Etats-Vorstellungen fordert die Regierung 870 000 W. Genosse Schöpflin wandte sich lebhaft dagegen. Wenn die Regierung die Zulage damit begründe, daß es immer noch nicht gelungen sei, einen Zusammenhang zwischen Bevölkerung und Unteroffizieren zu schaffen, so sei daran die drückende und brutale Politik, die vom Reich in den Reichsländern getrieben worden ist, hauptsächlich schuld. Wie so oft, sollen auch hier die Steuerzahler für die Sünden der Regierung büßen. In den Reichsländern ist alles getan worden, um bei der Bevölkerung eine lebhaftere Anteilnahme, auch gegen das Militär, zu wecken. Die Sozialdemokraten lehnen die Forderung ab. Die Tatsache, daß die Reichsländer in der Hinsicht nicht dem Reich in den preußischen Regimentsdienst in Etats-Vorstellungen, dessen Bevölkerung, wie die in Süddeutschland überhaupt, allerdings weniger Meinung zum Unteroffiziersdienst habe, als das in den preußischen Regimentsdienst der Fall ist. — Der Kriegsminister hat das dringende, die Forderung zu bewilligen. Mit der Politik habe die Zulage gar nichts zu tun. Die Unteroffiziere seien in den Reichsländern sehr beliebt und leiden unter den derzeitigen Verhältnissen. Die Unteroffiziere gehen und bleiben sehr ungenügend in den Reichsländern, die Zulage soll die Dienstverhältnisse verbessern. — Abg. v. Büllig trat für die Forderung ein, die Abg. Koste aber bestimme. — General Wandl und die Militärschulungsleiter von Bayern, Sachsen und Württemberg schiederten dem Minister; es sei sehr schwer, für die Regimenter in den Reichsländern eine genügende Zahl von Unteroffizieren zu erhalten. Frankreich zählte an seiner Grenze auch solche Zulage. — Genosse Koste warnte vor der Bewilligung, die er doch bald auch für die Truppenanteile in anderen Grenzgebieten konsequenz haben werde. Dem Militärminister in den Reichsländern sollte die Verwaltung über die Reichsländer die Regierungspolitik trägt an der Forderung der reichsländlichen Bevölkerung die allseitige Schuld. — Der Kriegsminister erklärte, daß 25 Prozent der reichsländlichen Regimenter in den Reichsländern sehr beliebt und 75 Prozent werden in preußischen Regimenter gestellt. Früher müßten alle Regimenter außer Preußen gestellt werden. — Der Reichstag hat die Zulage für die Unteroffiziere von der Bevölkerung hindern und die Zulage für die Unteroffiziere von der Bevölkerung hindern und die Zulage für die Unteroffiziere von der Bevölkerung hindern.

Genosse Koste forderte, daß in Zukunft von der großen Truppenanstellung in Berlin Abstand genommen werde. In Berlin kann doch nur unter ungeheuren Kosten für Militärbauten errichtet werden. Wenn die Truppen nach außerhalb verlegt werden, kann der Verkauf der wertvollen militärischen Grundstücke immer noch ein gutes Geschäft gemacht werden.

In weiteren Beratungen wurden die einmaligen Ausgaben in dem Teil vertraulichen Verhandlungen erledigt. Damit ist auch die erste Lesung der Militärbudgetlage erledigt.

Die Verabschiedung der Militärbudgetlage.

In einer sehr lebhaften einstündigen Geschäftsordnungsdebatte führte am Schluß der Montagssitzung der Budgetkommission die Frage, wie man geschäftlich verfahren werden soll. Der Vorkühne wollte am Dienstag die Resolutionen und die zweite Lesung der Militärbudgetlage auf Tagesordnung setzen. — Abg. Sped forderte, daß vor der zweiten Lesung der Militärbudgetlage die erste Lesung des Wehrbudgets, eventuell der gesamten Wehrbudgetlage erfolgen müsse, denn ohne Deckung werde er nicht für die Militärbudgetlage stimmen. — Für die Konventionen sprach Abg. Graf Beckarp im gleichen Sinne aus. — Der Kriegsminister wünschte, daß spätestens bis Ende Juni die Militärbudgetlage erledigt wird. — Abg. Wasseremann wollte unter allen Umständen erst die Wehrbudgetlage erledigt sehen, ganz gleich, wie die Deckungsfrage sich dann gestaltet. — Unsere Genossen forderten, daß man vor Entscheidung dieser Frage erst den Fraktionen die Gelegenheit geben müsse, sich schlußfähig zu machen. So lange soll die Entscheidung verlagert werden. — Die Abg. Sedder und Erzberger bestanden darauf, daß ohne Deckung die Militärbudgetlage nicht zu verabschieden ist. Es sei ganz auffallend, daß die Liberalen eine jede Deckungsgarantie die Militärbudgetlage betwähigen wollen. Man könne ja gar nicht wissen, welche parlamentarischen Kombinationen in der Deckungsfrage zuhande kommen. — Dem sozialdemokratischen Antrag, erst die Fraktionen sprechen zu lassen, stimmten sowohl die Konventionen wie auch das Zentrum zu. — Abg. Wasseremann glaubte, es sei besser, wenn in einem Tage Militär- und Deckungsbudget erledigt werden, als wenn etwas der Reichstag wegen der Deckungsfrage den Sommer über vertagt wird und dann erst im Herbst wieder die Beratungen aufnimmt. Seine Freunde würden als beste Lösung die betrachten, die eine Reichsbeschlusse bringen würde. — Der Kriegsminister wünschte, daß ihm neben den 25 Millionen, die ihm sofort für Bauten zur Verfügung gestellt werden, noch eine Summe zur Materialbeschaffung bewilligt wird. — Abg. Graf Beckarp erklärte namens der Konventionen, daß ihnen an einer Verkleinerung der Deckungsbudgetlage bis zum Herbst nichts liegt. Ohne dem Reichstag einen Vorschlag zu machen, wie die Deckung sich gestalten soll, könne man ihm die Verabschiedung der Militärbudgetlage gar nicht zuzumuten, weil sie doch zum Teil in den Etat hineingearbeitet werden muß. Vorgeht von den übrigen Steuern, könne auch der Wehrbeitrag nicht verabschiedet werden. Auch politische Gründe sprachen dagegen, die Vorlagen getrennt voneinander zu verabschieden.

Nach längerer Debatte einigte man sich dahin, am Dienstag mit der Resolution zu verhandeln, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, über die Frage der geschäftlichen Weiterbehandlung der Vorlagen beraten zu können.

Die Reichswehrveränderungen?

Das offizielle Blatt des Telegraphenbureaus demontiert die Mitteilung, daß die Abg. Erzberger und Wasseremann dem Reichstag eine Reichswehrveränderung vorgeschlagen haben. Trotzdem auf der Basis einer Einigung zwischen den Liberalen und dem Zentrum auf der Basis einer Reichswehrveränderung zu beschließen. Der Ablass des Reichsanwalts, Unterstaatssekretär v. Holzheim, hat auch am Montag wieder während der Sitzung der Budgetkommission sehr eingehend von dem einzelnen Parteiführern verhandelt. Die Verhandlungen drehten sich, wobei man beobachten konnte, in der Tat um die Steuerfrage, und es ist keineswegs ausgeschlossen, daß in kürzester Zeit das zur Wirklichkeit wird, was heute demontiert wurde.

Deutsches Reich.

Die Angst vor internationalen Abmachungen.
Die Post befindet sich in einigen Schwierigkeiten. Die all die anderen lokalen Untertanen möchte sie auch der Fürchten zusammenhaufen bei der Brünzessenenhochzeit eine politische Bedeutung beimessen, aber dann möchte sie doch auch die Verständigung gesprochen worden ist. Und eine solche Verhandlung würde doch wieder ihr nationales Herz kränken. Deshalb dreht und windet sie sich, um den Nachweis zu erbringen, daß über das Thema gar nicht gesprochen sein kann. Auf der einen Seite erklärt sie es für selbstverständlich, daß die Politik nicht angehalten war, auf der anderen aber versichert sie, der englische Königsbesuch habe natürlich nicht zu politischen Abmachungen geführt, was schon daraus zu ersehen sei, daß der König ohne die sogenannte ministerielle Begleitung erschien.

Man hat zwar den in den Festtagen erfolgten Besuch des englischen Admirals Jellicoe im Kaiserpalast mit irgend welchen Flottenabmachungen in Verbindung zu bringen versucht, doch greift eine derartige Deutung zweifellos daneben. Es handelt sich hier um nichts anderes, als um eine selbstverständliche Visite des englischen Admirals, der schon heute als der kommende Mann der englischen Flotte gelten kann, und dem man aus den Jahren der internationalen Chinaexpedition aufrichtige Sympathien für Deutschland nachrühmt. Das angeleitete Thema einer Flottenverständigung hat sicherlich die Unterhaltung des Admirals mit dem Kaiser nicht beherzt, denn das Thema ist unter dem Besonderen einflussreich insofern pünktlich gegenstandslos, als unter Flottenbau, abgesehen von seinem besten Charakter, durch Reichsbesuch festgelegt und es den Engländern vollkommen unbenommen ist, nach dem Wunsch des deutschen Flottenbesuches ihren eigenen Flottenbedarf zu kontingieren.

Was die Post unter dem „heiligen Charakter“ unseres Flottenbaues versteht, ist nicht recht klar. Wir nehmen an, daß sie es selber nicht weiß und in ihrer durch das einerseits, andererseits entstandenen Verlegenheit nur irgend etwas daheredet, das von weitem wie ein ernsthaftes Argument gegen eine Verständigung aussieht.

Ein widerwärtiges Schauspiel.

Im Kunstgewerbe-Museum zu Berlin ist die Brautheule der Redner Wilhelm II. zu sehen und daneben sind auch die Geschenke ausgelegt, die das junge Paar zur Hochzeit erhalten hat. Und nun tut sich's was in der Prinz-Albrecht-Straße. Am Sonntag ist das Museum, das sonst still und friedlich daliegt und in der Regel nur von Kunstgewerbekündern besichtigt wird, von mehr als 7000 Personen vorwiegend weiblichen Geschlechts besucht worden, und am Montag werden es nicht wesentlich weniger gewesen sein. Die Straße inmitten von Menschen. Man drängt und stößt sich, man tritt auf den Fuß, man schiebt und schiebt, die Lampen und Treppen hinauf und das starke Polizeiaufgebot vermag kaum die Ordnung aufrecht zu erhalten. Wie der Sozialdemokrat berichtet, reichte um die Mittagszeit die Schär der Parteilosen von der Kunstgewerbeschule auf der einen Seite bis zur Wilhelmstraße.

Der Sozialdemokrat vor dem besprochenen Sozial, so schreibt das Blatt, dirigiert heute 60 Schulpäpste, deren Anzahl im Laufe des Tages noch vergrößert wird; außerdem sorgen selbst Parteimitglieder für Ordnung. Vor dem Abgeordnetenhause und im Kunstgewerbemuseum ist eine Sanitätskommission untergebracht. ... Wenn alle fünf Minuten ca. 60 Leute der Menge freigegeben werden, so fällt man auf beiden Seiten der Treppe aneinander total benommenlos vor, man schreit, stößt, fällt und macht den Schulpäpsten das Leben schwer. ... Imponierend ist der Eindruck dieser Frauenversammlung unter freiem Himmel nicht gerade, und die Herren Abgeordneten würden sich, wenn sie heute Sitzung hätten, bräuen auf dem Balkon des preussischen Parlamentsgebäudes über die Formlosigkeit ihrer künftigen Wählerinnen und Kolleginnen — wenn die Suffragetten einmal ihr Ziel erreichen sollten — wohl eigene Gedanken machen. ...

Der Spott des reaktionären Blattes ist nicht unberechtigt. Nur wird man ihm entgegen können, daß sich unter den verklärten Frauenzimmern wohl keine Vertreterin des Frauenwahlrechts befinden haben wird. Auch Arbeiterinnen sah man nur in sehr kleiner Zahl. In der Hauptsache war es der sogenannte bessere und der kleine Bürgerstand, der hier das für das weibliche Geschlecht so überaus unwillkürliche Schauspiel aufführte. Es waren Frauen, denen jedes Interesse an öffentlichen Angelegenheiten fehlt und die Zeit haben, Stundenlang zu warten, um einen Blick auf ein Spitzenkleid werfen zu können; Frauen also, wie sie der Deutschen Tageszeitung und dem schönen Bund zur Bekämpfung der Frauenemancipation gefallen.

Das Reichsbeschlussegesetz.

Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse zugegangen. Von den Neuerungen, die der Entwurf den Vorschriften des geltenden Rechtes gegenüber bringt, sind besonders hervorzuheben: Militärische Geheimnisse im Sinne des Gesetzes sind, wie bisher, Schriften, Zeichnungen und andere Gegenstände, außerdem aber jetzt auch Nachrichten, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung erforderlich ist. Der Verrat eines militärischen Geheimnisses wird mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren (früher Gefängnis bis zu fünf Jahren), bei mildernden Umständen mit Gefängnis von einem bis zu zehn Jahren bestraft. Hat der Verrat eine bedeutende Gefahr für die Sicherheit des Reiches zur Folge gehabt und konnte der Täter dies voraussehen, so kann, was neu ist, auf lebenslanges Zuchthaus erkannt werden. Das Gleiche gilt, wenn das Geheimnis dem Täter in seiner Eigenschaft als deutscher Beamter oder deutsche Militärperson zugänglich war. Die im bisherigen § 4 vorgesehene Gefängnis- oder Festungshaft ist von bis zu drei auf bis zu fünf Jahren erhöht worden. Die Verabredung der Vorbereitung eines Verbrechens gegen die Sicherheit des Reiches wird, wenn es nicht zur Vollendung oder zu einem strafbaren Versuch gekommen ist, mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Neu sind die §§ 7 und 8, welche die Entziehung von Verfügungen zur Mitteilung militärischer Geheimnisse an das Ausland mit Gefängnis bestraft. Doch § 8 wird berichtigt, der an einem militärisch wichtigen Ort unwichtige Angaben über seine Personallisten macht, mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 1000 W. bestraft.

Derjenige, welcher fahrlässig ein militärisches Geheimnis

In die Öffentlichkeit gelangen läßt, wird ohne Rücksicht darauf unter Strafe gestellt, ob er das Geheimnis auf amtlichem Wege erlangt hat oder nicht.

Wegen die Kriegspolizei. Auf der Generalversammlung der Deutschen Kriegspolizei, die in Mannheim gelang, wurde folgende Resolution angenommen: Die Generalversammlung der Deutschen Kriegspolizei begrüßt durchsichs sympathisch alle Bestrebungen, die auf die Pflege der Körperlichkeit der Jugend gerichtet sind.

Die Wahlbeteiligung unter dem preussischen Massenwählerrecht ist weiterhin erbärmlich; seit Jahren sind selten mehr als 30 Prozent der Wähler an die Wahllokale getreten.

In Oberschlesien war die Wahlbeteiligung bei den Wahlmännerwahlen sehr gering. Den Rekord aber hat wohl Vaurath ausgeführt. In einem Wahlbezirk war von 275 Urwählern nur ein einziger in der dritten Abteilung erschienen.

Eisenbahn und Industrie. Der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten hat die Eisenbahndirektionspräsidenten aufgefordert, eine Abklärung zwischen der Eisenbahn und der Industrie herzustellen.

Schweizer Konvention. Der Kaiser hat, wie bürgerliche Blätter melden, seinen Schwagerprinzen zum Rittermeister im Kathenowischen Infanterie-Regiment ernannt.

Nationaler Terror. Die reaktionären Parteien benutzen die öffentliche Abstimmung bei den preussischen Landtagswahlen, wie schon früher, so auch jetzt wieder dazu, solchen Wählern Schwierigkeiten zu bereiten, die nicht im Sinne der Reaktion gestimmt haben.

Ausland.

Schweiz.

Vom Gewerkschaftsbureau ins Ministerbureau.

Z. Der Antrag vom Gewerkschaftsbureau ins Ministerbureau kommt auch in der demokratischen Republik nicht jeden Tag vor. Jetzt ist es von unserem Genossen Nationalrat Eugler gemacht worden.

Es sitzen nun in der Kantonsregierung fünf Sozialdemokraten, nämlich in denen von Aargau (Ernst), Basel (Dr. Blocher und Witzlinger), St. Gallen (Scherrer) und Appenzel A. Rh. (Gugler).

Frankreich.

Zu den Soldaten-Mentereien.

Paris, 26. Mai. Fall in familiären Verhältnissen haben politische Untersuchungen stattgefunden. Wenn auch der Sicherheitsbehörde bisher noch nicht alle Ergebnisse bekannt sind, so glaubt man doch erklären zu können, daß die mit Verdacht auf die Anstiftung zur Unbotmäßigkeit gerichtete Tätigkeit der Verurteilten, la son du soldat, namentlich durch jährliche Schiffsfahrten geschleift sei.

nach Nancy gebracht, wo sie vor das Kriegsgericht gestellt werden sollen.

Die Liberté bringt eine aufsehenerregende Mitteilung, die in dem letzten Kampf der Parteien gewiß ausgenutzt werden wird. Ein Mitarbeiter dieses Blattes ist bei dem Abbe Wetterlé gewesen und hat mit ihm über die Militärgesetze der beiden Länder gesprochen.

Paris, 26. Mai. Eine Note des Finanzministeriums betont die Notwendigkeit, daß die Kammer sich unverzüglich über die neuen Ausgaben äußere, die durch das Defizit des Etatsjahres 1913 bedingt sind, um so mehr, als das Etatsjahr 1914 durch die Ausgaben für das neue Militärgesetz belastet sein wird.

Der Streit um die Beute

geht auf dem Balkan ungemindert weiter. Der serbische Gesandte hat nunmehr in Sofia die amtliche Erklärung abgegeben, daß Serbien einen Revisionsvertrag mit Bulgarien verlangt.

Das Belgrad Regierungsgesamt Samouprava gibt dem tiefen Bedauern über den blutigen zweitägigen Kampf zwischen bulgarischen und griechischen Truppen Ausdruck.

Wie aus Bukarest gemeldet wird, hat der Zar, da ihn die Vorkämpfer als Schiedsrichter nur mit Vorbehalt annehmen wollen, die Annahme dieses Amtes abgelehnt.

Die griechisch-bulgarischen Zusammenstöße.

Saloniki, 26. Mai. Den griechischen Truppen gelang es, die Bulgaren mit Verlusten über die Brücke von Pigeon auf der Straße nach Serres zurück zu drängen.

Saloniki als Freilicht.

Saloniki, 26. Mai. Die griechische Regierung beschloß, Saloniki zu einem Freilicht mit sehr ausgedehnter Freizone zu machen, wo die Waren frei eingefahren werden können und sich auch die Industrie entwickeln könne.

Die Friedensverhandlungen.

London, 26. Mai. Die Friedensverhandlungen haben bisher keine Fortschritte gemacht. Von verschiedenen Seiten kommen jetzt Mitteilungen, nach denen trotz der griechischen Erklärung die anderen Staaten, auch Serbien, zur Unterzeichnung des vorliegenden Entwurfs bereit sind.

Italienisch-griechische Verhandlungen.

Konstantinopel, 26. Mai. Wie der Secolo erzählt, ist es dank der französischen Vermittlung gelungen, zwischen Rom und Athen eine Verständigung betreffs der albanischen Grenze herbeizuführen, und zwar auf folgender Basis: Die griechische Küste nicht über Petella reichen; Griechenland verpflichtet sich, die Küste des Korfu-Kanals nicht zu besetzen; Griechenland soll Kompensationen im Innern des Landes erhalten.

Frankreich und die Balkanreise.

Paris, 26. Mai. Bei Besprechung des Budgets des Ministeriums des Krieges im Senat erklärte das Mitglied der Rechten Gaudin de Villaine, nach seiner Meinung habe im Balkanostfeld die Triplice dem Dreibunde gegenüber schlecht abgeschnitten.

Wetterbericht von der Wetterkassa an der Friedrich-August-Strasse vom 27. Mai, mittags 12 Uhr.

Barometer 758, Schön Wetter. Thermometer + 25° R. Thermometergraph: Min. + 12°, Max. + 20°. Hygrometer 69%. Wasserstand der Elbe - 168 Zentimeter. Wasserwärme + 16 Grad R.

Prognose der künftigen Landeswetterkarte für den 28. Mai.

Nordwestwind, wolfig, etwas kälter, zeitweise Niederdruck. Wetterlage: Das Luftdruckmaximum, das heute noch über der Mitte des Festlandes lagert, ist ständig im Zurückgehen begriffen.

Seite lokale Nachrichten.

Ein Straßenbahnunfall ereignete sich heute mittags um 12 Uhr auf der Freiburger Straße, Ecke Jagdweg. Dort hielt ein Wagen der Linie 7, in der Richtung nach Bölsitz zu. Ein Radfahrer, offenbar ein Arbeiter, der zu Tisch fuhr, wollte in gleicher Richtung links ausbiegen.

Dresdner Polizeibericht vom 27. Mai.

Belohnung zugewiesen. In der Nacht vom Sonntag zum Montag ist, wie bereits berichtet, die Kassa der Pioniersche an der Rührberger Straße mit dunkler Lackfarbe bestrichen worden.

Einen Bruch des linken Wadenbeins erlitt gestern vormittags auf der Jagdstraße ein Kaufmann beim Abnehmen der Vorhänge von Schaufenstern dadurch, daß er infolge eines Schrittes von einer Treppenstufe auf die Kutschbahn stürzte.

Letzte Telegramme.

Ausweisung aus Elsch-Rothringen.

Strasbourg, 27. Mai. Französische Blätter wissen von der in Kolmar erfolgten Ausweisung des französischen Schriftstellers Regamy aus Elsch-Rothringen zu berichten.

Aus der französischen Kammer.

Paris, 27. Mai. Die heutige Kammer Sitzung, in der der Bericht Penagos über die Zurückhaltung der Jahresklasse erörtert werden wird, dürfte sich lebhaft gestalten.

Antimilitaristisches.

Paris, 27. Mai. Das Bataillon auf Korsika wird gemeldet: Ein Soldat des 111. Infanterie-Regiments sang in Gesellschaft mehrerer Zivilisten auf der Straße die Internationale.

Die Umtriebe des Ex-Schahs.

Paris, 27. Mai. Das Echo de Paris will wissen, daß der frühere Schah von Persien Mohammed-Ali, der einige Zeit in Berlin gewohnt habe und gegenwärtig in Europa umherreist, um Anhänger zu gewinnen, vor kurzem auch nach Paris gekommen sei.

Augunglück.

Johannisdorf, 27. Mai. Heute morgen kurz nach 5 1/2 Uhr ereignete sich hier ein schwerer Unfall. Der Flieger Michaelis war mit einer Sportfliegermaschine zu einem Probeflug aufgebrochen.

Gautenitzberg.

Nach, 27. Mai. Heute morgen ist das in der Waldstrasse gelegene Restaurationsgebäude von Stein eingestürzt. Neben dem eingestürzten Hause werden Ausschaltungsarbeiten für einen Warenauswechsell vorgenommen.

Das heutige Blatt umfaßt 12 Seiten.

Musenhalle

Einziges Varieté u. Volks-Theater des Westens.
Täglich 8.10. Das große Saisonabschluss-Programm!
Freitag den 30. Mai: Abschieds-Vorstellung von
Dieses Varieté- und Schauspiel-Ensemble.
Besonders gewähltes Programm!

Am Sonnabend den 31. Mai [K 5]
Eröffnung der Gartenkonzert-Saison.
Dienstag: 1. Militärkonzert der Saison von der Kapelle
des 177. Infanterie-Reg. Direction R. Spennard.
Schöner und gründer Garten der Altstadt
für Vereine zu Konzerten und Sommerfesten vorzüglich
geeignet. Alles vorhanden. Besondere Tage.
Sonnabend: **Garten-Freikonzert.**

Wochentags Vorzugskarten gültig!

Onkel Toms Hütte

Großes Ostragehege - Am neuen Schiachthof.
Jeden Mittwoch **Freikonzert** ausgeführt von der
von 4 Uhr an: verbunden mit **Schlachtfest** [K 96]
Kgl. Bergmusikkapelle
Selbstgeb. Eierplinsen. Frische Backwaren. Großer Kinder-Spielplatz.

Central-Theater

Nur noch 5 Tage
Heinrich Prang
in
Der Stolz
der dritten
Kompagnie
Ferner das illustre Varieté mit
Robert Steidl.

Außerdem
die neuesten kinematographischen Aufnahmen:
Die Hochzeitsfeierlichkeiten der Prinzessin
Viktoria Luise.

Donnerstag den 29. Mai 1913 Ehren-Abend
für
Heinrich Prang und Robert Steidl.
Freitag den 30. Mai 1913, nachm. 3 1/2 Uhr
Wohltätigkeitsvorstellung z. Besten des Blumentages
Vollständiges Abend-Programm.
Vom 1. Juni 1913 an [A 84]
Gesamt-Gastspiel des Berliner Residenztheaters
in der Original-Besetzung:
„Die Frau Präsidentin“
Schwank in 5 Akten von M. Hennequin und P. Veber.

Reparaturen

Klempnerei Karl Richter, Ringstraße 5.

Dentist Carl Schlegel

Dresden-A., König-Johann-Straße 10, II.
vordem 16 Jahre Wallstr. 1 (am Postplatz)
und interimistisch Seestraße 1. Tel. 9398.

Neu! Kinderlegen und Arbeiterklasse Neu!

oder: „Wie schätze ich mich vor starkem Familienzuwachs
auf gesunde Art?“ Preis 30 Pf. In beziehen durch die Volks-
buchhandlung, Dresden-A., Große Zwingerstraße 14.

Gedenkblatt

zur Erinnerung an die
**Fünfzigste Wiederkehr d. Gründung-
tages der Deutschen Sozialdemokratie**
in fünffarbendruck. Größe 37 x 49 cm.
Preis nur 60 Pf.

Sie beziehen durch die Volksbuchhandlung und
die Anträge der Volkszeitung.
Der Versandung wegen ist es ratsam, nach auswärts
mehrere Exemplare zu bestellen.

Verband der Gutarbeiter u. -arbeiterinnen. Mitgliedschaft Dresden u. U. Freitag d. 30. Mai, abends Punkt 8 Uhr, im großen Saale des Volkshauses **Versammlung.**

Tages-Ordnung:
1. Unsere Generalversammlung und die an dieselbe gerichteten Anträge.
2. Unsere Stellungnahme zur bevorstehenden Pilgertour.
3. Allgemeines.
In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es unbedingte Pflicht jedes Mitgliedes,
in dieser Versammlung bestimmt und pünktlich zu erscheinen. Ist nicht nur die bevorstehende
Generalversammlung für uns von weitgehender Wichtigkeit, so sind es auch die Regulierungen der
bevorstehenden Pilgertour für die kommende Pilgertour, die das Erscheinen aller Mitglieder unbedingt
erfordern. — **Anfang Punkt 8 Uhr.**
Die Geschäftsverwaltung. J. M.: Georg Herrmann. [V 116]

Bez. Gittersee, Cosehütz, Burgk, Zschiedge u. Kleinnaundorf
Sonntag den 1. Juni 1913
Große Partie nach Obernaundorf.
Abmarsch mittags 1 Uhr ab Bahnhof Gittersee über den Hainberg, Nieder-
häslich, Schweinsdorf, Godmannsdorf, Rabenauer Grund, Rabenan nach Obernaundorf.
Dasselbst ein gemütliches Gänzchen.
Rückfahrt abends gegen 11 Uhr ab Vossendorf. [V 61]
Preis der Karte inkl. Tanz 30 Pf.
Im zahlreicher Beteiligung bittet Die Verwaltung.

Trinkt die gehaltreichen und wohlbekömmlichen
**Dresdner
Felsenkeller-Biere.**

Nur Große Brüberg, 11, 2.
Eingang Quergasse,
verf. stonend billig herrschaftl.
getragene Herren u. Damen-
Kleider, Schuhe,
Wäsche, Betten.
Neu eingetroffen: Großer Hofen
Burschen- und
Knabenanzüge
zu stonend billigen Preisen.
Genau auf Mäße achten. [B 1408]
Sonnabend geschlossen.

Kindertwagen
Kleiner Kindertwagen
mit als billigste Ausführung
da kein Leder.
Lillengasse 8, pt.
in der Nähe u. Postplatz, u. Am See
Größtes Spezialhaus dieser Art.

**12 Kabinett-
Photographien** von 3 Pf.
an liefert
Photograph Alth. Jähmig
Bismarckstraße Nr. 12
im Hause von Zeigel & Jock.

Alte Frauen
„Frauenhaar“, Pöfel 75 Pf.
Schmerzmittel, Spitzkissen
Kraut-Extrakt, Loh-Extrakt
jede alle
Frauen-Artikel.
Nur bessere Ware!
R. Freisleben
Postplatz, 11. II.
Man achte auf Firmen-

2-Familien-Wohnhaus
der zwei Jahren erbaut, m. Wasser-
leitung, elektr. Licht, groß. Garten
ist weggelassen zu verkaufen od.
zu vermieten. Preis 10.400 Pf.
Anzahlung 3000 bis 8000 Pf.
Herden [B 1418]
Gittersee, Eigenheimstraße 7.

Tüchtige Dreher
die moderne Drehbänke mit aus-
gezeichneten Werkstoffen für guten Abfor-
der in dauernde Stellung gesucht.
Berlin-Neukölln Maschinenfabrik
und Eisengießerei Schlotterbeck,
Lützow-Dechen.

Verehrte Damen!
Sie haben nicht nötig, ein
gebräutes Kostüm zu kaufen!
Wir hatten Gelegenheit,
einen Riesenvorrat ein-
stufender, hochmoderner
**Damen-
kostüme**
zu kaufen und geben solche zu
Spottpreisen ab. [A 172]
Reizende Kostüme
schon von 9,75 Pf. an,
auf Seide gefärbt,
schon von 12,- Pf. an.
**Nie wiederkehrende
Gelegenheit!**
**G. Schröder, Dresden-A.,
Frauenstraße, Ecke
Schönerberggasse**
gegenüber Neues Hotel.

Herrn-Wäsche
Krawatten, Hemde Anzüge
kauft man am billigsten bei
E. Köhler, Anhaltstr.

Restaur. Kilmannsdorff
54 Tharandter Straße 54
Jahres- u. Gänge, billige
Bestellungen - Vereins- u. Klub-
zimmer - bestens empfohlen.
Preiswörter Mittagstisch. [K 10]

Achtung!
Afrikanisches Konzert-Haus
Dresden, Gr. Brüdergasse 23
D'Ur-g'scherten
Musik, Gesang, Humor
Das „Lotte Damen-Ensemble“
Apolonia.

Gasthof Mockritz
Morgen:
Tanz-Abend d. 8.-8.
Eintritt: Herren 50, Damen 30 Pf.
Fisch-Götze
Vogelwiese, Gleditschplatz.

**Stur-
Garderoben**
acht Eiche
von 15 Pf. an
Größe
Küchensch.
**Tränkners
Möbelhaus**
Görlicher Str.
11/12.

Unserem alten Freund und
Genossen
Altemens Freiliche, Bildnis
zu seinem heutigen Geburts-
tag die herzlichsten Glückwünsche.
[B 1414] Nun raso mal.

Nur die vielen Beweise der
Liebe und Teilnahme beim
Ginschenden meines unverge-
lichen, treuherzigen Gatten
Ernst Kurt Dollert
drängt es mich, allen, die durch
Boet, Christ, Kramp und
Gehelpenden mein Gedächtnis,
den herzlichsten Dank auszu-
sprechen. Die tieftrauernde
Witwe Anna Dollert geb.
Stempel, Ruppendorf.

4. Reichst.-Wahlkr. Bezirk Pieschen-Trachenberge.
Nach kurzem schwerem Leiden verschied Sonntag nacht der
Bauarbeiter
Anton Kowal [V 11]
im Alter von 43 Jahren.
Die Beerdigung erfolgt Donnerstag nachmittags 1/8 Uhr
im Krematorium in Kolkowitz.
Zahlreiche Beteiligung erwartet Die Verwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband
Zweigverein Dresden.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am 26. Mai unter
Kollege, der Bauarbeiter
Anton Kowal [V 61]
im Alter von 43 Jahren infolge eines Unfalles verstorben ist.
Die Beerdigung erfolgt Donnerstag nachmittags 1/8 Uhr
im Krematorium in Kolkowitz.
Zahlreiche Beteiligung erwartet Der Zweigvereinsvorstand.

Zentralverband der Steinarbeiter
Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Kollege,
der Steinarbeiter
Felix Schmidt [V 157]
im Alter von 47 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittags 3 1/2 Uhr von
der Halle des Adolfsplatzes aus statt. Die Verwaltung.

Jugendbildungs-Verein, Gruppe: Oberer Pieschener Grund.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß nach längerem schwerem
Leiden unser Jugendgenosse
Max Heinzmann [K 114]
im Alter von 30 Jahren verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!**
Die Beerdigung findet Mittwoch den 28. Mai, nachmittags
3 1/2 Uhr, vom Krausenhause, Deuben, Wartenburgstr. 80, aus statt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Edgar Gahmowald, Dresden.
Gesamtvorstand für den Inverantenteil:
Wolfgang Giesler, Dresden.
Red. u. Verlag: Kreyer & Kreyer, Dresden.

Die deutschen gewerkschaftlichen Zentralverbände auf der Bauausstellung in Leipzig.

Dem gewaltigen Fortschritt auf dem Gebiete des gesamten Bauwesens, von Deutschlands hochentwickelter Industrie und Technik spricht diese Ausstellung zu dem Besucher. Der moderne Bau in seiner Außen- und Innenarchitektur tritt uns überall entgegen. Nicht allein äußere Baukunst, auch Innere, Kunstindustrie, Kunstgewerbe und Raumkunst haben hier eine Stätte gefunden. Und der Betonbau, die stark empordringende neuere Bauart, ist vorherrschend. Die große Betonhalle, die mit ihren Säulen eine Fläche von 10000 Quadratmetern einnimmt und deren 80 Meter weites Spatium von 16 gewaltigen Betonstützen getragen wird, ist ein imponierendes Wahrzeichen moderner Bautechnik. Und ein Meisterwerk moderner Baukonstruktion ist eine als Monument des Eisens bezeichnete, achtstellige, aus Eisenträgern bestehende Ausstellungshalle des Stahlwerkverbandes und des Vereins deutscher Brücken- und Eisenbauingenieure, oben gefrämt mit einer weithin sichtbaren vergoldeten Kugel.

In den Innenräumen der Ausstellungshallen aber, besonders in den Maschinenhallen, wird der Laie oft voller Bewunderung stehen bleiben, um die fast gigantische Technik moderner Maschinen zu bewundern.

So kam der Ausstellungsbesucher in dem stolzen Bewusstsein, daß deutsche Kunst, Technik und Wissenschaft erneut ein Beispiel hohen Niveaus geliefert haben, die Ausstellung verlassen, wenn er verfaßt hätte die Mehrheit dieser glänzenden Merkmale zu befehlen. In der Halle für Kunst und Wissenschaft lernen wir schon eine etwas kritische Betrachtung dieser glänzenden Industrieentwicklung. Wir treffen dort einige Gemälde von der hygienischen Ausstellung in Dresden wieder. Das Reichsversicherungsamt hat auch hier in tabellarischen und statistischen Darstellungen die Leistungen der Arbeiterversicherung gezeigt. Tischmodelle und Photographien zeigen uns Heilstätten und Anstalten, die den wichtigsten Ausstellungsgegenstand für die bewundernden Ausländer darstellen, ohne daß er bedenkt, wieviel Wunden hier geheilt werden müssen, die der Industrialismus dem Arbeiter schlägt. Während hier die sogenannte Arbeiterwohlfahrt zur Anerkennung gelangt, sind in der Abteilung über auch schon die Gefahren, denen die deutschen Arbeiter im Baugewerbe und in der Industrie ausgesetzt sind, treffend dargestellt. Photographien und Präparate über die Berufskrankheiten der Bauarbeiter geben hier ein Bild erschütternder Tragik. Prof. Dr. Sommerfeld zeigt an verschiedenen Präparaten die den menschlichen Körper verheerenden Weiriverkalkungen und an einer großen Reihe anderer Präparate Erkrankungen durch andere gesundheitliche Gifte und Berufskrankheiten. Ihm reicht Prof. Dr. Niede-Weißig mit einer Ausstellung über die Berufskrankheiten der Maurer an, und Chrenarst Dr. Alfred Reider-Charlottenburg zeigt an eben solchen Präparaten und Photographien die Bauarbeit in ihrem Einfluß auf menschliche Gesundheit.

Sind hier neben der Unfallstatistik auch Unfallerkänkungen und Berufskrankheiten gezeigt, so war es notwendig, auch ihre Verhütung darzustellen. Diese Vände, die in der Ausstellung sonst allgemein mehr, hat die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften ausgefüllt. Damit wurde zugleich auch ausgedrückt, daß die Arbeiter den Arbeiterstand als grundsätzliche Forderung vertreten müssen: Die Arbeiterversicherung hindert nur die schädlichen Folgen der Unfallarbeit, der Arbeiterstand soll sie verhindern.

Die deutschen Gewerkschaften sind keine Neulinge als Aussteller. Sie haben sich mit Erfolg schon darin betätigt; insbesondere bei Seinarbeitsausstellungen. Aber auch einzelne Verbände, so der Steinleger und der Holzarbeiter, waren auf anderen Ausstellungen schon vertreten. Vor zwei Jahren, bei der Dresdener hygienischen Ausstellung, planten die Zentralverbände eine Ausstellung größeren Stils, in der außer Bauarbeiterstand auch wieder Seinarbeiterstand und überhaupt die Hausindustrie mit ihren Schädigungen und vor allen Dingen die sozialen Gefahren der chemischen Industrie zur Darstellung gebracht werden sollten. Schatzmacherträfte hatten damals den Plan der Generalkommission und der ihr angeschlossenen Verbände hintertrieben. Sie waten auch damals wieder am Werke, allerdings erfolglos, denn die Ausstellungsleitung in Leipzig schenkte den Seinarbeitern nicht so williges Gehör wie die Dresdener. Wäre damals die Ausstellung somit umfassender und vollständiger geworden, so hätte man doch von der Ausstellung der deutschen Zentralverbände in Leipzig behaupten, daß sie auf dem engeren Gebiete des Bauarbeiterstandes als wohlgeleitete bezeichnet werden kann. Sie wäre sicher noch vollständiger und erschöpfender in der Darstellung geworden, wenn nicht die an der Ausstellung in der Hauptrolle beteiligten Verbände durch andere Umstände in der sehr zeitraubenden Ausstellungsbauarbeit behindert worden wären. Die Organisationen der Bauarbeiter, Zimmerer und Maler hatten in diesem Jahre mit ihren sehr hinterlegten Tarifverhandlungen zu tun, die die Arbeiten der Ausstellung ein wenig zurückdrängten.

Wollten die Bauarbeiter von der Ausstellungsbauarbeit ausgeschlossen werden, so hätte man sich eine ähnliche Beschränkung, wie sie die Dresdener Ausstellungsbauarbeit seinerzeit wollte, als Aussteller zugelassen werden, beteiligten sie sich an der Ausstellung. Es entspricht ihrer Größe als gewerkschaftliche Verbände und ihres Einflusses im Wirtschaftsleben, daß sie unter den Ausstellern anzuerkennen waren. Zeigen sonst die anderen Aussteller, die Industrie- und Bauwesen, ihr großes Können, wobei sie als Aussteller auch wesentlich als Geschäftsmänner geschäftlich interessiert sind, so wird hier im Gebäude der Generalkommission frei von diesen Hauptabsichten nur vom Standpunkt der Technik und Wissenschaft aus das Ausstellungsobjekt dem Besucher gezeigt.

Da steht ein unscheinbares Haus, mit Gerüsten rings umstellt. Von seinem Dache herab leuchtet weithin über das Ausstellungsgelände ein Schild: „Bauarbeiterstand“. Es ist die Ausstellung der sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission. Doch der Schwarm der Ausstellungsbesucher wendet sich ihm selbst am „billigen Sonntag“ weniger zu, in der Meinung, daß es sich hier um ein noch unfertiges Ausstellungsobjekt handelt. In der Ausstellung ist noch vieles unvollständig, und das Haus der Generalkommission aus der Ausstellung macht auf den Nichtkenner äußerlich den Eindruck des hinterlegten, eben weil Gerüste an ihm angebracht sind. Doch dieser Vorwurf weicht bei näherer Betrachtung, noch durch architektonische Schönheit auffallen. Das Haus ist hier nur ein Gerüst, die Gerüste an ihm sind das eigent-

liche Ausstellungsobjekt. Alle diese Gerüste, die da zu sehen sind, werden während der Ausstellung so stehen bleiben. Durch sie soll den Ausstellungsbesuchern, besonders den Ingenieuren, Bauherren, Technikern und Interessenten, ein Anschauungsunterricht erteilt werden, wie bei Hausarbeiten Gerüste beschaffen sein müssen, damit sich kein Unfall ereignet. An diesem Gerüst werden die Forderungen der Bauarbeiter für einen besseren Bauarbeiterstand demonstriert, wird das absolute Notwendige für die Unfallverhütung gezeigt. Die Verbände der Bauarbeiter, Zimmerer, Dachdecker, Maler, Glaser, Tischler, Holzarbeiter, Metallarbeiter, Steinarbeiter und Steinsetzer zeigen hier, was im Innen- und Außenbau von ihnen als Bauarbeiterstand erstrebt wird, um Unfälle zu verhindern. Sie haben denn auch nicht alle durch die Ausstellung der Gerüste theoretisch und demonstriert bewiesen, daß Unfälle zu verhindern sind, sondern durch die Praxis. Beim Bau des Hauses der Generalkommission geschah kein Unfall, an ihm steht kein Blut, so interessiert auch von anderer Seite darauf verwiesen wurde, daß auch dort wie in anderen Ausstellungsgebäuden die Behauptungen der Unternehmer und der Verfechter der Gerüste bestätigt werden sollen, wonach im Baugewerbe die Zahl der Unfälle durch weitere Schutzmaßnahmen nicht mehr verringert werden könnte.

Eine Bandbreite für Bauarbeiter, ein transportabler Unterbau für Straßenarbeiter, eine Schutzhaube für Steinmengen, Aborte mit den notwendigen sanitären Einrichtungen für Haus- und Straßenarbeiter: verbotshändige das Neuzere des Ausstellungsobjektes.

Im Innenraum des Hauses aber erhielt das Völkerrecht ein Parade. Vom Schlachtfeld der Arbeit erschallt uns hier tabellarische Darstellungen und Photographien, vom Schlachtfeld, das alljährlich von Hunderttausenden deutscher Arbeiter bedeckt ist und ohne Unterbrechung ständig neue Opfer sieht. Der Tod von 9443 Arbeitern und die Schmerzensgeschichte von 716 584 durch Unfälle Verletzten im Jahre 1911 sind wichtige Anklagen gegen den unzureichenden Arbeiterschutz in Deutschland. Und anklagend gegen den unzureichenden Arbeiterschutz reden die vom Holzarbeiterverband in Photographien ausgestellten entsetzlich verstümmelten Hände der Holzarbeitenden-Maschinenarbeiter sich in die Höhe, zeigen die vom Malerverband ausgestellten verkrüppelten Gliedmaßen und entstellten Gesichter der Bauarbeiter, welche Verwundungen an Menschenleben und Gesundheit der menschenverachtende Kapitalismus anrichtet. Der Metallarbeiterverband zeigt an elektrisch beleuchteten Glasphotographien, mit welcher Zölligkeit der Arbeiter in schuldlosender Höhe in Schengerrischen und Brückenbauten herumklettern muß, ohne irgendwelche Schutzvorrichtungen, während der Seinarbeiterverband das Gesundheitswächter und Gefährliche der Steinbrüche vorführt.

Anklagen gegen den unzureichenden Arbeiterschutz! Nicht tendenziös, man kann sagen: unerschrocken treten sie dem Ausstellungsbesucher gegenüber. Er sieht, was an Unfällen und Erkrankungen berichtet werden könnte, wenn ausreichende Schutzvorrichtungen in Übung wären.

Unsere deutschen Gewerkschaften sind immer mehr dazu übergegangen, ihre sozialpolitischen Forderungen an die Gesetzgebung nicht allein in Eingaben und Resolutionen niederzulegen, sondern sie durch Tatsachen zu begründen. Eine solche Tatsachengründung für besseren Bauarbeiterstand ist die Ausstellung der Gewerkschaften in der Leipziger Bauausstellung. Mögen sie auf jene Kreise auch nicht ohne Eindruck bleiben, die für diese berechtigten Forderungen der Arbeiter in der Gesetzgebung mitwirken könnten.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Reichsvermögenssteuer und die sächsischen Konservativen. Das Organ der Sächsischen Arbeiter und Löhner, die Dresdener Nachrichten, wenden sich in scharfer Weise gegen die Reichsvermögenssteuer. In einem Leitartikel vom 27. d. M. heißt es:

„Das Reichsvermögenssteuer die ungünstigste Lösung der Vermögensfrage wäre. Die man sich denken kann, da sie die Finanzwirtschaft der Einzelstaaten ruinieren würde, ist an dieser Stelle als dargelegt worden. Es ist aber auch ganz ausgeschlossen, daß der Bundesrat einem Beschlusse des Reichstages, der die Übertragung der Vermögenssteuer auf das Reich befreit, zustimmen würde. Die Parteien, die mit einer solchen Lösung rechnen, begehen einen schweren Rechenfehler. Eine Mehrheit hierfür wird sich unter keinen Umständen im Bundesrat finden, das kann schon heute gesagt werden. Über wird der Bundesrat, wenn der Reichstag, wie es den Anschein hat, die von der Regierung vorgelegene Veredelung der Matrularbeiträge freigeht, in ein Provisorium zu willigen, das eine neue Umlegung der Matrularbeiträge auf die Bundesstaaten zur Deckung des entstehenden Fehlbetrages darstellt. Die Erhöhung der Matrularbeiträge dürfte dann nicht anders als in der bisherigen Form erfolgen, d. h. so, daß den Einzelstaaten das Recht verbleibt, über das „Wie“ der Aufbringung selbst zu bestimmen. Eine solche Lösung der Deckungsfrage wäre gewiß ein schlechter Notbehelf, aber immerhin weit erträglicher als die dauernde Inbeschlagnahme einer der wichtigsten Einnahmequellen der Bundesstaaten für das Reich durch eine Reichsvermögenssteuer, wie auch von offizieller Stelle in Berlin dieser Lage festgestellt worden ist.“

Verständlich wird dann die Erbansprücheverteilung, die immer noch eher als die Reichsvermögenssteuer akzeptiert werden könnte. Aber das ist sicher nicht ernst zu nehmen; denn dadurch kommen die sächsischen Konservativen mit ihren ostelbischen Vettern in Konflikt. Den Konservativen wäre am liebsten sicher die Erhöhung der Matrularbeiträge in der bisherigen Form; denn dann hätten es natürlich die bürgerlichen Majoritäten in der Kammer, den „Besten vor neuer Belastung zu bewahren“ und nach „bemühtem Rüstern“ den Besitzlosen den größten Teil der Lasten aufzubürden. Darauf kommt's doch hinaus.

Leere Drohungen der erbosten Fortschrittler.

Die fortschrittliche Volkspartei im ersten sächsischen Reichstagswahlkreise kündigt den Nationalliberalen grimmige Reden an. Besonders das Verhalten der letzteren in Waldebyron hat sie arg verärgert. Auf ihrer am Sonntag in Jittau stattgefundenen Jahresversammlung beschäftigte sie sich mit den kommenden Landtagswahlen. Das kreislose Verhalten der „feindlichen Brüder“ soll beachtet werden, wenn der Versuch gemacht werden sollte, zwischen den Nationalliberalen und den Fortschrittler eine Verhändigung angu-

bahnen. Wenn man sich bei den Landtagswahlen auch einer solchen nicht grundsätzlichen ablehnend verhalten wollte, so dürfte sie sich aber auf keinen Fall auf die Reichstagswahlen erstrecken, bei denen die fortschrittliche Volkspartei gezeigt habe, daß sie die stärkste bürgerliche Partei im ersten Reichstagswahlkreise sei.

Na, nach den bisherigen Erfahrungen ist diese Kriegandrohung nicht ernst zu nehmen. Sie werden sich schon finden, wenn's so weit ist.

Der beleidigte Ortsverein.

Sehr lebhaft ging es bei der Gemeinderatswahl in Auerwalde zu. Die Folge war, daß der bürgerliche Ortsverein nur ein Mandat, und zwar das der Aufsicht, retten konnte. Das erhob die Herren dermaßen, daß sie unteren Genossen freudig, der ihnen in einer Versammlung die Wahrheit gesagt hatte, vor den Friedensrichter gittern wollten. Er sollte die erhobenen Vorwürfe zurücknehmen und in einer Zeitung öffentlich erklären, daß er falsche Behauptungen über den Ortsverein aufgestellt habe. Das lehnte unser Genosse ab. Hierauf erfolgte Klage wegen öffentlicher Beleidigung. Darüber hat nun das Amtsgericht Frankenberg folgenden Beschluß gefaßt:

In der Privatklage des Ortsvereins Auerwalde, einget. Verein, vertreten durch sein Vorstandsmitglied, den Kaufmann Anton Reinhard Schäffler in Auerwalde, Privatklägers, gegen den Bauarbeiter Bruno Reimher in Auerwalde, Beschuldigten, wird der Antrag des Privatklägers, gegen den Beschuldigten das Hauptverfahren vor dem Kgl. Schöffengericht zu Frankenberg wegen Beleidigung nach § 186 St.-G.-B. zu eröffnen, zurückgewiesen. Die Kosten des Verfahrens einschließlich der dem Beschuldigten erschiedenen notwendigen Auslagen werden dem Privatkläger auferlegt.

In der Begründung wird gesagt: „Die zum Gegenstande der Privatklage gemachte Äußerung ist überhaupt keine Beleidigung. Sollte aber doch eine solche darin erblickt werden, so ist der Wahrheitsbeweis wenigstens in gewissem Umfange erbracht und überdies würde dem Beschuldigten der Schutz des § 193 des St.-G.-B. zusprechen sein, über dessen Grenzen der Beschuldigte keineswegs hinausgegangen ist, besonders wenn man berücksichtigt, daß die Äußerung in einer politischen Versammlung getan worden ist.“

Trotz dieser Erfahrungen werden sich die Gegner aber sicherlich abgemüht, wegen jedes scharfen Wortes, das ein Sozialdemokrat spricht oder schreibt, pharisäisch die Gerichte zu beschuldigen.

Bürgerliche sozialpolitische Rückständigkeit. Vom Stadterordnetenkollegium in Kohlewin wurde der sozialdemokratische Antrag betreffend Errichtung eines Gewerkschaftsgerichts, abgelehnt.

Kraftmittelmehlen werden nach einem Beschluß des Stadtrats in Leipzig eingeführt werden.

Ein amtliches Kurden der sächsischen Eisenbahnen will die Staatsbahnenverwaltung herausgeben.

Reifen. Heber einen eigenartigen Unfall berichtet das Reichner Tageblatt: Der 26 Jahre alte Dachdeckerlehrling Heber geriet beim Leeren eines Rohrtubes infolge des Bruchs einer Leiterprobe 8 Meter tief ab und mit dem Kopfe in das mit heißem Teer gefüllte Rohr, das unter der Aufsicht des Sturzes gerodet. Der Verunglückte wurde ins Krankenhaus gebracht.

Wanten. Der Sergeant Liebig vom kleinen Infanterie-Regiment Nr. 108, der mit mehreren Kameraden einen Hausanfall nach Weßberg unternommen hatte, kam auf der Rückfahrt über ein Feld zu Fall und stürzte so unglücklich, daß er 24 sofort eintrat. Wiebig war Jahrmehrerplattant und stand im 28. Lebensjahre.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Durch ein Scherbenfeuer wurde das letzte Gebäude des ehemals Hermann Kunze'schen Gutes in Köblich eingeebnet. Es liegt zweifelslos Brandschuldung vor. Die anderen Gebäude wurden vergangenen Sommer in Brand gesetzt, während der Besitzer mit seinen Angehörigen auf dem Felde war. Ein Automobilunfall ereignete sich Sonntag nachmittag in der Nähe der Wästel auf der Bohmeren Straße durch den Sturz eines Kraftwagens aus Hakenstein i. S. Die Insassen wurden aus dem Wagen geschleudert und erlitten schwere Verletzungen und Gehirnerschütterungen. Sie wurden jetzt in das Johanniterkrankenhaus nach Heidenau, teils in das Johanniterkrankenhaus in Dresden gebracht. Im Zuge eines Unfalls in Seeligstadt wurden die neu angelegten Aldersplanzen böswilligerweise abgemittelt. Der Beschädigte hat auf die Ermittlung des Täters 50 M. Belohnung ausgesetzt. In feindlicher Erregung nahm die Turn- und Handarbeitslehrerin an der Vätergilde zu Neustädtel Fräulein Margarete W. eine starke Dosis eines Schlafmittels zu sich, so daß am Freitag der Tod eintrat. Woburd das erst 24 Jahre alte Mädchen zu dem Verewellungsamt getrieben worden ist, ist nicht bekannt.

Stadt-Chronik.

Ein Vergleich.

Die städtischen Kollegien Dresdens gaben in der letzten Stadterordnetenversammlung wieder einmal ihrer Abneigung gegen die Konsumvereinsbewegung Ausdruck. Gelegenheit dazu bot die Einladung des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine, der Mitte Juni seinen Genossenschaftstag in Dresden abhält. Diese Einladung wurde nicht, wie in solchen Fällen üblich, dem Wahlausschuss überwiesen, der in der Regel eine Delegation vorschlägt, sondern in der „Einladungsliste“ vergraben, das bedeutet, daß die Einladung nicht weiter beachtet werden soll. Der Rat dürfte kaum eine andere Stellung einnehmen. Die sozialdemokratischen Stadterordneten wänden sich bekanntlich in der letzten Sitzung ohne Erfolg gegen dieses Verfahren, wodurch die Abneigung der bürgerlichen Stadtwähler gegen die Konsumvereine noch besonders deutlich hervortrat.

Der Zentralverband wird deswegen an seiner Bedeutung nichts einbüßen, die ja nicht von dem Wohlwollen städtischer Behörden abhängt. Er muß jedoch feststellen, daß die Erfüllung einer Anstandsspflicht bei der Dresdener Stadtverwaltung nicht das erwartete Verständnis gefunden hat. Niemand wird sich darum weniger grämen als der Konsumgenossenschaftstag, dem aber ist der Vorgang für die andre Seite. Besonders dann, wenn man bedenkt, daß auch unbedeutende Altkonsumvereine oder „Verbände“, die von auswärts nach Dresden kommen, meistens auf eine Vertretung der städtischen Kollegien rechnen können.

Zum Vergleich sei auf einen analogen Vorgang mit völlig entgegengekehrtem Ausgang hingewiesen. Vor reichlich acht Tagen fand in Eßlingen in Württemberg der Verbandstag der württembergischen Konsumvereine statt. Auf die Einladung an die Stadt erhielt Oberbürgermeister Dr. von

Rühlberger persönlich auf dem Kongress. Dabei blieb es nicht. Das Stadtoberhaupt hielt sogar eine Begründungsrede, die ein schönes Gegenstück zu der Dresdner Spießbürgerzeit bildet. Die Konsumgenossenschaftliche Rundschau berichtet in der letzten Nummer über diese Rede:

„Wenn er (der Oberbürgermeister) heute, wie vor zehn Jahren, der Einladung gefolgt sei, so werde das ja in manchen Kreisen vielleicht irgendwelche Vorurteile oder Klammereffekte auslösen. Er stehe auf dem Standpunkte, daß es für einen Stadtvorstand, der halbwegs einen Blick für die Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens habe, nötig sei, sich auch um die Entwicklung der Konsumgenossenschaft zu kümmern, die eine der hervorragendsten Erscheinungen unseres wirtschaftlichen Lebens darstelle. Man habe an ihnen eine der unendlich vielen Beispiele, die darauf, daß ohne den Organisations- und Assoziationsgedanken überhaupt ein wirtschaftliches Leben, ja auch ein staatliches Leben ein Ding der Unmöglichkeit wäre. Es gebe wohl kaum eine Bewegung wie die der Konsumvereine, die doch eine so natürliche zu nennen sei, über die heute eine solche Unklarheit in Köpfen noch bestünde, denen man es gar nicht zutrauen sollte. Es sei vielfach der Gedanke vertreten, als wenn es sich bei den Konsumgenossenschaften um nichts anderes handele als um politische Organisationen, die ihre politische Nachstellung auf angenehme Weise dadurch zur Geltung bringen wollten, daß sie sich des natürlichen Bedürfnisses des Menschen, nämlich seines Konsumbedürfnisses, als Waffe bedienten. Es liege historisch vielleicht in mancher Beziehung eine Berechtigung darin, aber sachlich durchaus nicht. Er halte sogar den Konsumgenossenschaftsgedanken für einen durch und durch konterbairischen Gedanken, und wer das nicht begreife, der habe eben von dem A und O unseres ganzen Wirtschaftslebens überhaupt keine Ahnung, der lasse sich nur durch äußere Reize leiten, ohne dem eigentlichen Wesen der Dinge auf den Leib zu rücken. Gerade diejenigen, die die Konsumorganisation am allermeisten bekämpfen, sind die Konsumgenossenschaften in der Konsumorganisation, sobald sie selbst als Konsumgenossen auftraten. Das sei so klar wie nur irgend etwas, und was dem einen recht sei, müsse auch dem anderen billig sein. Die ganze Zusammenfassung auf diese oder jene wichtigsten aller wirtschaftlichen Gebiete sei nicht nur etwas Begreifliches, nicht nur etwas zu Tuldenendes, sondern etwas absolut begrifflich Notwendiges geworden. Die Stadtverwaltung habe das allergrößte Interesse daran, allen Bewegungen ihre Aufmerksamkeit zu schenken, und deshalb sei er erschienen, nicht nur, um die Verhältnisse formell zu begreifen, sondern auch, um materiell seine Gedanken, die er über die Sache habe, zum Ausdruck zu bringen. Das, was er gesagt habe, habe er nicht erklärt, um Beschall zu finden, sondern es entspreche seiner innersten Überzeugung.“

Wir geben und nicht der Hoffnung hin, daß man sich in Dresden durch derart lonale Ausführungen belehren und von dem kleinlichen Standpunkte abbringen läßt. Wir legen auch keinen allzu großen Wert auf solche Reden. Sehr interessant ist der Vergleich aber immerhin und zugunsten Dresdens dürfte das Urteil bei objektiv denkenden Leuten kaum ausfallen.

Der letzte Pfingstverkehr

auf den sächsischen Eisenbahnen übersteigt nach den abgeschlossenen Ermittlungen den vorjährigen nicht unbedeutend. In den Tagen vom Freitag den 9. bis mit Dienstag den 13. Mai sind bei den sächsischen Staatsbahnen insgesamt 2875638 einfache Fahrkarten (gegen 2651295 im Vorjahre) und 31991 Rückfahr- und Doppelkarten (gegen 30855), oder im ganzen 2907629 Fahrkarten (gegen 2682150) verkauft worden. Am Fahrgeldern wurden vereinnahmt 2176655 M. (gegen 2068169 M.), demnach 5,35 Prozent mehr als im Vorjahre. Der Durchschnittsertrag einer Fahrt stellt sich auf 74 Pf. gegen 76 im Vorjahre. Von den verkauften Fahrkarten kamen auf den Freitag 216014 Stück oder 7 Prozent, auf den Sonnabend 425169 Stück oder 15 Prozent, auf den Sonntag 228425 Stück oder 28 Prozent, auf den Montag 715578 Stück oder 27 Prozent und auf den Dienstag 626413 Stück oder 23 Prozent. Die Verkehrssteigerung beträgt 8,43 Prozent. Die meisten Fahrkarten verkaufte Dresden Hauptbahnhof, nämlich 241369 Stück (gegen 206654), dann folgen Chemnitz Hauptbahnhof mit 148546 (gegen 114190) Stück, Leipzig Hauptbahnhof Sächsische Staatsbahn mit 106268 Stück nicht mit dem Vorjahr vergleichsfähig wegen Aenderung der Bahnhofsanlagen), Dresden-Neustadt mit 77199 (gegen 109122) Stück, Plauen i. R. oberer Bahnhof mit 63049 (gegen 70023) Stück, Zwickau mit 53962 (gegen 50636) Stück, Leipzig Bahnhöfe mit 49638 Stück (nicht vergleichsfähig wegen Aenderung der Bahnhofsanlagen), Zittau mit 45926 (gegen 33341) Stück, Pirna mit 33610 (gegen 32183) Stück, Freiberg mit 29111 (gegen 23550) Stück, Ranzhen mit 27277 (gegen 23849) Stück, Dresden Wettinerstraße mit 26575 (gegen 22550) Stück. Interessant ist, wie der Pfingstverkehr in den letzten 18 Jahren gestiegen ist. Im Jahre 1896 wurden zum Beispiel 1303386 Fahrkarten zurückgelegt, 1194422 M. vereinnahmt, der Durchschnittsertrag einer Fahrt ergab 86 Pf.; 1900: 1863466 Fahrten, 1541850 M. Einnahme und 79 Pf. Durchschnittsertrag einer Fahrt; 1905: 1909241 Fahrten, 1583333 M. Einnahme und 82 Pf. Durchschnittsertrag einer Fahrt; 1907 nur 1588384 Fahrten, 1362205 M. Einnahme und 89 Pf. Durchschnittsertrag einer Fahrt; 1908 dagegen 1891687 Fahrten, 1577888 M. Einnahme, 83 Pf. Durchschnittsertrag einer Fahrt; 1909: 2220501 Fahrten, 1741885 M. Einnahme, 78 Pf. Durchschnittsertrag einer Fahrt; 1910: 2427113 Fahrten, 1857377 M. Einnahme, 76 Pf. Durchschnittsertrag einer Fahrt; 1911: 2738643 Fahrten, 2149416 M. Einnahme, 78 Pf. Durchschnittsertrag einer Fahrt; 1912: 2713005 Fahrten, 2066170 M. Einnahme, 76 Pf. Durchschnittsertrag einer Fahrt; 1913: 2907629 Fahrten, 2176655 M. Einnahme, 74 Pf. Durchschnittsertrag einer Fahrt. Das Ergebnis in diesem Jahre war also hinsichtlich der zurückgelegten Fahrten und der erzielten Einnahmen sehr günstig. Der Durchschnittsertrag einer Fahrt war dagegen in diesem Jahre so niedrig wie bisher noch nie. Es zeigt sich auch hier wieder die Abwanderung nach den unteren Preisklassen, namentlich nach der 4. Klasse, die in diesem Jahre organismisch auch auf verschiedenen Schmalspurbahnen eingeführt worden ist. Die Statistik ergibt, was wir stets gesagt haben: Bei Verbilligung des Fahrpreises steigert sich der Verkehr entsprechend!

Ein Schilddrüsenkreuz.

In dem amtlichen Protokoll über die vorletzte Sitzung des Rates ist zu lesen: „Nachdem die städtischen Kollegien für Dresden die Schaffung einer allgemeinen Ortskrankenkasse beschlossen haben, beschließt der Rat, für das Dresdner Stadtgebiet auch eine Landtrankenkasse zu errichten, die entsprechend einem Antrage des Ortsvorstehers gleich der allgemeinen Ortskrankenkasse auf den selbständigen Gutsbezirk Dresden-Alberstadt zu den mit der Gründung eines entsprechenden Gemeindeverbandes grundsätzlich einverstanden zu erklären, und die Dienstleistungen der Landtrankenkasse zu Dresden daneben selbständig zu erhalten.“ Für den Bezirk der Großstadt Dresden eine Landtrankenkasse! Mit diesem Beschlusse hat sich der Rat wirklich ein Schilddrüsenkreuz gesetzt. Wenn wir nicht irren, steht er mit diesem Beschlusse einzig in ganz Sachsen da. Wir wollen nur erwähnen, daß zum Beispiel auch die kleine Stadt Rammig, die mitten im ländlichen Gebiet liegt, die Gründung einer Landtrankenkasse abgelehnt hat. — Auf die Stellung der Stadtverordneten zu diesem Beschlusse des Rates kann man gespannt sein. Im Landtage haben sich gegen Landtrankenkassen erklärt. Und zwar im Interesse möglicher Einheitslichkeit des Trankenkassenwesens. Zwei nationalliberale Landtagsabgeordnete sind zugleich Stadtverordnete.

Die Beweise fehlen!

Der 70 Jahre alte Kassierer und Eisenbahnreferendar Wachter, der kürzlich unter dem Verdachte, während seiner 18jährigen Amtstätigkeit umfangreiche Unterschlagungen begangen zu haben, freigesprochen wurde, ist aus der Untersuchungshaft wieder entlassen worden, weil die als Belastungszeugen in Betracht kommenden Revisoren inzwischen sämtlich verstorben sind, so daß durch Neuzug kein positiver Nachweis von etwaigen Verfehlungen des Wachter mehr erbracht werden konnte. — So wird von irgend einer Stelle aus in den Zeitungen gemeldet. Die Revisoren, auch wenn sie noch lebten, nicht gerade flüssige Neuzug sein würden, war doch wohl von vornherein nicht zweifelhaft. Denn wenn sie bei Ausübung ihres Amtes nichts gemerkt haben, was sollten sie dann gegen W. bezagen? Daß sie samt und sonders gestorben sind, ist aber trotzdem, was man sieht, ein großes Glück für Wachter. Im Landtage dürfte man freilich noch etwas nähere Auskunft von der Regierung über den — sagen wir eigenartigen Fall verlangen.

Flamentag - Terrorismus?

Die Machter dieses Wohlstandesports scheinen alle Reiziger zu ziehen, um die nötigen Leute zur Arbeit zu erhalten. Heute wird uns mitgeteilt, daß in einer hiesigen Zigarettenfabrik Arbeiterinnen zu dem Hummel herangezogen werden, obwohl die Arbeiterchaft der Fabrik davon nichts wissen will. Man weiß aber ja, wie es gemacht wird, um trotzdem die Nitrofabrik von Fabrik-Arbeitern in derartigen Fällen als durchaus „freiwillig“ erscheinen zu lassen. Wenn ihr nicht wüßte, dann — Tropfen aus dem Meer. — Ich nicht die Rolle zur Nitrofabrik an der unwürdigen Stenografie aufzulegen zu lassen.

Die Bevölkerungsorgane in Dresden stellten sich nach Mitteilungen des sächsischen Statistischen Amtes im Monat April wie folgt: Volksgesamt wurden 382 (gegen 423 im März) Aufgebotsverfahrenungen und 508 (669) Eheschließungen. Geboren wurden 386 (1010) Kinder, 500 männliche und 486 weibliche, außerdem waren 47 (44) Totgeburten zu verzeichnen. Gestorben sind 657 (710) Personen, 333 männliche und 324 weibliche, darunter 146 Kinder im Alter bis zu 1 Jahr (gegen 129 im März), 58 (68) Erstgeborene und 1 (1) Militärperson. Die Sterblichkeit betrug auf 1000 Lebende und 1 Jahr gerechnet im April 14,2, im März 14,9 und im Februar 14,1, gegen 13,6 im April und 14,1 im März v. J.

Luft - Militärisches. In dem Ueberlandflug Leipzig - Dresden teil der Hag. Süd. Verein für Luftfahrt nach folgendes mit: Sonntagabend kurz vor Eintritt der Dunkelheit traf von Leipzig kommend Oberleutnant Meyer vom Infanterieregiment Nr. 139 mit einer kriegsmäßig ausgerüsteten Kumpelntanze auf dem Erzbergerplatz Heller ein. Als Beobachtungsobjekt befand sich noch Oberleutnant Hildebrandt, der Chef der Fliegerstation in Jüterbog, an Bord. Beide sind zur Zeit nach Jüterbog kommandiert, um die artilleirischen Schießübungen in der Luft als Flieger bezug. Beobachtungsobjekt zu unterliegen. Der Flug ging äußerst flott vonstatten. Die Offiziere nahmen abends noch aus Anlaß von Königs Geburtstag an dem Essen des 1. Feldartillerieregiments Nr. 12 teil, das auch für die ordnungsmäßige Sicherung des Flugzeuges für die Nacht Sorge trug. Die Flieger haben heute Dienstag nach Morgengrauen den Ueberlandflug von Dresden nach Jüterbog fortgesetzt.

Arbeiter-Risiko. Am Montag, vormittags 9 1/2 Uhr, brach beim Schlenzenbau auf der Kugeligen-Strasse in Vorschwitz ein Schacht zusammen, wobei drei Arbeiter verunglückt wurden. Während einer dieser Arbeiter mit dem Schreden davonkam, wurde der Arbeiter Robert aus Wählan schwer verletzt. Er soll mehrere Rippenbrüche erlitten haben. Der Verletzte wurde mit dem Loschwitzer Krankenwagen nach seiner Wohnung gebracht. Der dritte Verunglückte, der Arbeiter Henker aus Oberloschwitz, konnte erst nachmittags 3 Uhr als Leiche geborgen werden. Die Ursache soll an dem nicht bis auf die Sohle des Schachtes reichenden Ausschallung liegen. Der Ausschüttere des Baues ist der Baugewerke Silber in Loschwitz. Auffällig ist, daß schon früher bei einem von diesem Unternehmer für die Gemeinde Loschwitz ausgeführten Schlenzenbau ein ähnlicher Unfall eintrat, der ebenfalls auf mangelnde Ausschallung zurückgeführt wurde. Wo bleibt da die von der Gemeinde zu übende Aufsicht?

Unfälle. Am Montag vormittag wurde auf der Tharandter Straße der 76 Jahre alte, in der Weßener Straße wohnhafte Privatbankier Hermann Eisner von einem Straßenbahnzug der Linie 22 überfahren. Eisner wurde bewußtlos unter dem Motorwagen herangezogen und blutete an Kopf und Arm. Der Verunglückte wurde im Krankenautomobil nach dem Friedrichshäuser Krankenhaus befördert. — Am Sonntag wurde der in der Waisenstraße in Oststadt 153/14 als Langmeister wirkende Herr Weller bei Ausübung seines Berufs von einem Verschlag getroffen, der seinen sofortigen Tod herbeiführte.

Der Allgemeine Mietbewohnerverein hat am Sonntag eine neue Geschäftsstelle im eigenen Hause, Marktstraße 24, bezogen.

Bezirk 153/14. Am nächsten Donnerstag den 20. Mai, ein Fremdenkassationsabend statt. Genosse Wolf wird über die Stellung der Frau in der Gegenwart sprechen. Jede Genossin mache es sich zur Pflicht, für guten Besuch Sorge zu tragen.

Kinderausflüge. Die Kinderbeschäftigungskommission Strießen veranstaltet morgen Mittwoch einen Ausflug nach Rostitz. Sammeln 2 1/2 Uhr Schiller-Platz. Proviant und 10 Pf. mitbringen.

Die Kinderbeschäftigungskommission Pieschen-Trachenberge veranstaltet nächsten Donnerstag einen Ausflug. Treffpunkt 2 1/2 Uhr bei Frau Berger, Wildert-Strasse 20.

Verkehrsgericht. (Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt.) Der Polizeigerichtspräsident J. Nagel gegen den Chauffeur J. Hoyer in Bezug auf den Unfall vom 12. April, ohne aber trotz 140 Pf. der Beflagte noch Vorbringen an J. hatte, behielt er Sachen und Kopiere des Klägers inne, daß diese auch auf mehrere Besuche des Klägers und des Polizeigerichtspräsidenten des Polizeigerichtspräsidenten nicht heraus. Klägers fordert hier für 2 Wochen Lohnersatzung und entsprechenden Ersatz; er gibt an, daß er schon einige Male ohne Arbeit erhalten können, wenn er im Besitz der Papiere gewesen. Seine Angaben werden durch zwei Zeugen bestätigt. Da der Beflagte die Hinzuziehung noch weiterer Zeugen beantragt und das Gericht dem Klägers den Nachweis des Schadens verlangt, so wird die Verhandlung auf einen weiteren Termin vertagt.

Beginn des Jahresgerichts. Neben Klage der Kaiserin E. auf insgesamt 7,3 M. für geleistete Liebesdienste, 200 Pf. Klamergebet und ausgelegtes Vorhangsgewebe. Infolge der Feststellungen des Gerichts löst der Klägers einen Teil seiner Anforderungen. Die Beflagte erklärt an, daß Klägers zwar Liebesdienste geleistet, diese aber teilweise durch späteren Beginn der Arbeit an anderen Orten wieder ausgeglichen habe, was Klägers auch zugibt. Durch Vergleich bezahlt die Beflagte 3 M. an den Klägers.

Auf 1700 M. nicht ausgezahlte Lohntilgung für die Zeit von 1. Januar 1909 bis 28. Februar 1910 Klage der Werkführer E. gegen die Plattenfabrik A. Klägers, der die Stellung im Februar 1910 verlassen, befristet im Ausland und wird durch seine Ehefrau vertreten. Bis Ende 1909 bezog Klägers 30 M. Lohn, ab Ende 1909 an laut Vertrag 40 M. Wochenlohn und geringere Lohntilgung und wurde, nach den Feststellungen des Gerichts (der Klägers hat die Lohntilgung monatlich teilweise abgehoben), noch 15 M. und ein Teil Lohntilgung zu erhalten haben. Da die Ehefrau des Klägers nicht in der Lage ist, die von dem Beflagten ausstehende Lohntilgung auf der Wichtigkeit zu prüfen, wird ein Aufschubvermerk geschlossen, in dem der Beflagte der Vertreterin des Klägers eine Aufforderung über Vertagung der Lohntilgung vom 1. Januar 1909 bis 28. Februar 1910 mit den diesbezüglichen Unterlagen ausstelt, damit der Klägers die Lohntilgung prüfen kann. Der Beflagte erklärt an, dem Klägers zum Vergleich der Lohntilgung in die Geschäftsbücher zu gestatten sowie für einen weiteren Termin das persönliche Erscheinen des Klägers an. Beide Parteien sind einverstanden, daß die Klage so lange ruht, bis eine der beiden Parteien einen weiteren Termin beantragt.

Wegen 16,64 M. Lohnersatzung vom 14. bis zum 17. Mai Klage der Arbeiterin M. gegen die Firma Dresdner Bleicherei und Appretur, G. m. b. H. in Wilsdorf. Der Klägers war von November 1912 bis Mai 1913 krank, wurde aber nach beendeter Krankheit nicht wieder eingestellt. Die Entlohnung wurde während der Krankheit nicht direkt ausgezahlt; nach überlängerter Krankheit ist aber das Recht zur Anwartschaften Entlohnung nicht mehr anwendbar. Der Vertreter der bleicherei Firma macht geltend, daß der Klägers seine einzugsweise Krankheit während der Krankheit zurückzuführen habe und daher das Arbeitsverhältnis gelöst sei. Klägers hat aus der Unterhaltungskasse der Firma bis in letzter Zeit Unterhalt erhalten, die nach der vorliegenden Arbeitsverordnung nur den in der Fabrik beschäftigten Arbeitern zuzulassen ist. Nach Ansicht des Gerichts wird nach dem Inhalt des Arbeitsverhältnisses noch. Die Beflagte Firma wird zur Zahlung des Betrages und zur Tragung der Kosten verurteilt. (Vorstand: Regierungskommissar v. Schönbach. Unternehmensleiter: Wollsch. Rudolf Wollsch. Aufsichtsbefehl: Kroschke. Arbeiter-Versicherung: Emil Rehl, Tischler, Jüterbog.)

Aus der Umgebung. Döhlen, Weißig. Die Genossen und Genossinnen werden eruchtet, in der morgigen Mittwoch im Gasthof Döhlen halbtägigen Gruppenversammlung zahlreich zu erscheinen. Tagesordnung sehr wichtig!

Compitz. In dem gestrigen Gemeinderatsbericht muß es auf der 16. und 17. Seite heißen: In den Gemeinderat als Vertreter Herrn Weibig, nicht in „den Vorstand der Kasse“.

Janderode. Der Gemeinderat nahm in seiner letzten Sitzung Kenntnis von den Berichten der Kinderbeschäftigungskommission und des Vereins für Krüppelhilfe. Die alljährlichen üblichen Besuchen wurden wieder bewilligt. Weiter wurden die ortsbildenden Tagelöhner wie folgt festgestellt: Für jugendliche unter 14 Jahren beiderlei Geschlechts 75 Pf. für 14-16 jährige männliche 2 M., für weibliche 1,50 M. für 16-21 jährige männliche 2,60 M., für weibliche 1,90 M. für über 21 jährige männliche 4,00 M., für weibliche 2,50 M. Als Vertreter zur Ortskrankenkasse für die Gemeinde wurde Gemeinderatsmitglied Runge gewählt.

Niederhermsdorf. Sonntag den 1. Juni feiern die Vereinigten Turner und Sängler von Niederhermsdorf und Umgebung ihre Turnplatzweih. Im Jahre 1907 trat der Verein, der damals 40 Mitglieder zählte und der deutschen Turnerschaft angehörte, zum Arbeiterturnerbande über. Der Verein hat sich sehr rasch entwickelt, denn er zählt heute schon 130 Mitglieder. An die Einwohnerchaft von Niederhermsdorf und Neudorf wird die Bitte gerichtet, die Häuser entsprechend zu schmücken. Die Brudervereine von nah und fern sind eingeladen.

Wilsdorf-Altphausen. Zu einer mühen Schlägerei kam es am Sonntagabend im Gasthof Altphausen. Dabei erhielt der Zimmermann Schulte einen schweren Messerstoß in die Seite, so daß sich die Ueberführung nach dem Krankenhaus Weißig nötig machte. — Vor einiger Zeit erklärte der Bier unter Jümel auf den aber kein Lokal verhängen wollten, daß nur noch vernünftiges Publikum bei ihm verkehre.

Kadebusch. Demnächst findet eine außerordentliche General-Versammlung der hiesigen Ortskrankenkasse statt, die sich mit der Aufstellung eines Statuts nach der neuen Reichsversicherungs-Ordnung befassen wird. Um nun eine eingehende Beratung zu ermöglichen, ist eine Anzahl Vorschläge des

Genosse Lipinski bestraft worden, die die R.-V.-D. volkstümlich erläutern. Alle Vertreter der Generalversammlung werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie die Broschüre gegen Entschädigung von 20 Pf. beim Genosse Haase, Balajstr. 22, entnehmen können.

Gerichtszeitung.

Geschworenengericht. Ein Ehebrach.

Den Gegenstand der letzten Verhandlung vor den Geschworenen bildete eine Eheverletzung, die sich zwischen dem 23jährigen Kaufmann und seiner Frau im vergangenen Herbst abspielte. Die Angeklagte wurde zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten verurteilt. Die Verhandlung wurde durch die Anwesenheit des Angeklagten unterbrochen, der sich bei der Verhandlung weigerte, die Angeklagte zu befragen.

Die Eheverletzung im Ehebrach. Der Angeklagte wurde zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten verurteilt. Die Verhandlung wurde durch die Anwesenheit des Angeklagten unterbrochen, der sich bei der Verhandlung weigerte, die Angeklagte zu befragen.

Die Eheverletzung im Ehebrach. Der Angeklagte wurde zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten verurteilt. Die Verhandlung wurde durch die Anwesenheit des Angeklagten unterbrochen, der sich bei der Verhandlung weigerte, die Angeklagte zu befragen.

Wann da gelangte er ins Parteizentrum, und zwar in die Wohnkammer, wo das Schweißgerät stand, in dem das Geld sein mußte. Eine über dem Sofa hängende Tischleuchte flackerte ein und verflüchtete nun das Licht zu öffnen. Das ging nicht. Nun ging er ins Schlafzimmer. Als er nach dem am Bett hängenden Koffer griff, wurde er durch die Anwesenheit der Angeklagten gestört. Er wurde zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten verurteilt.

Handgericht. Betrügerische und gemeingefährliche Manipulationen. Der Angeklagte wurde zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten verurteilt.

Handgericht. Betrügerische und gemeingefährliche Manipulationen. Der Angeklagte wurde zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten verurteilt. Die Verhandlung wurde durch die Anwesenheit des Angeklagten unterbrochen, der sich bei der Verhandlung weigerte, die Angeklagte zu befragen.

Schöffengericht. Die Heiratsschwindlerin.

Der Agent und Buchhalter Georg Karl Niedergall hatte es zum Angeklagten einer Verleumdungsgeschichte gebracht und erzielte nun ein Urteil, in dem er sich als Privatbeamter begnadigte und anerkannte, daß er sich zu verheiraten gedachte. In dem Urteil wurde er zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten verurteilt.

Verleumdung der Amtspflicht.

erschaltete der Strafgesangene Friedrich Robert Schmidt in Naugens Anzeige gegen den Präfekturbeamten Redert und den Präfekturbeamten Jäger. Er wurde zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten verurteilt.

Der kaisliche Polizeikommissar A. D.

Der kaisliche Polizeikommissar A. D. wurde zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten verurteilt. Die Verhandlung wurde durch die Anwesenheit des Angeklagten unterbrochen, der sich bei der Verhandlung weigerte, die Angeklagte zu befragen.

über eines Kreditbetrugs schuldig. Er wird zu 4 Monaten Gefängnis, 1 Woche Haft und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt und sofort in Haft genommen.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Das Ende einer christlichen Verkündigung.

Nur dem Offener Schöffengericht wurde am Freitag über ein christliche Verkündigung gerichtet, die eine der ärgsten war, die von seiner Seite aus Anlaß des Ruhrbergarbeiterstreiks ausgeht worden sind. Die Offener Volkszeitung, die sich bei Ausbruch des Streiks u. a. besonders dadurch auszeichnete, daß sie als erste nach Mitteln schrieb, brachte in ihrer Nummer vom 13. März und vom 2. April insgesamt drei Artikel, in denen sie die Führer des alten Verbandes in unerbittlicher Weise beschimpfte und verächtlichte. Der Inhalt der umfangreichen Pamphlete drehte sich um folgende Behauptungen:

1. Die Führer haben sich im Interesse des englischen Stabkapitals bestrebt; 2. der Vorstand hat öffentlich und den verbündeten Verbänden gegenüber zum Ausscharen in Streik aufgefordert, als die Behauptungen mit der Erhaltung der Kontrahentenstrafe drohten, wenn die Streikenden nicht wieder ansahen, und heimlich seinen Mitglieder massenhafte Arbeitslosen ausgehört, um die Mitglieder vor den andern Streikenden in Sicherheit zu bringen. Er habe somit gegenüber seinen Verbündeten "Verrat" getrieben; 3. die Gründe für die Injanzierung des Streiks sind keine sachlichen, sondern der Zweck sei gewesen, den christlichen Gewerkschaften zu vernichten und außerdem der Sozialdemokratie einen politischen Schaden zu verschaffen.

Die Klage, die diesbezüglich vom Vorstand des Bergarbeiterverbandes gegen den verantwortlichen Redakteur der Offener Volkszeitung, Kaufmann, angeklagt worden ist, kam infolge wiederholter Aussetzung der Termine erst jetzt zur Verhandlung.

Der angeklagte christliche Redakteur erbot sich, den Wahrheitsbeweis für die ausgestellten Behauptungen zu erbringen. Als Antwort ließ er u. a. den Zentralabgeordneten Steinhilber aufsuchen, dessen Behauptungen und Vermutungen aber von dem Gewerkschaftsleiter und Sachse gründlich widerlegt wurden. Der Wahrheitsbeweis mangelte natürlich vollkommen und der Beklagte wurde zu 100 R. Strafe verurteilt und auf Evidenzhaftungsgrund bis 1. März 1914.

Da auch die bürgerliche Presse diese jetzt gerichtlich gebrandmarkten christlichen Verkündigungen seinerzeit ihren Lesern aufgetischt hat, so könnte man eigentlich erwarten, daß sie nun auch den Ausgang dieses Prozesses ihren Lesern nicht vorenthalten wird. Viel Hoffnung kann man darauf allerdings nicht haben, denn sie hat sich bisher in solchen Fällen immer als äußerst schief erwiesen.

Soziales. Maler, Radierer, Anstreicher!

Im Verlaufe der Aufspernung im Malerergewerbe wurde eine Reihe Werkstätten aus tatsächlichen Gründen gesperrt. Diese Sperren müssen naturgemäß nur die Dauer haben, nachdem am 24. Mai die Aufspernung aufgehoben wurde, da beide Parteien den Schiedspräsidenten der Schiedskommission in Berlin zugestimmt haben.

Leider ist aber die Tatsache, daß einige der Herren Arbeitgeber im Malerergewerbe, die ausgesperrt hatten, noch ganz besonders ihre Wägen an den von ihnen ausgesperrten Gehilfen föhnen wollen.

Die Herren B. Strohsch, Ammonstraße, Nibbrig, Kurfürstenstraße, Fischer, Gerberstraße, Gausmann, Holbeinstraße, erklären den Gehilfen, die sich ihnen am 24. Mai wieder zur Verfügung stellen, ihre Stellen seien besetzt und sie könnten sie nicht wieder einstellen.

Diese Herren bezeugen durch ihr Verhalten, daß sie in ihren Werkstätten keine organisierten Gehilfen beschäftigen wollen, denn die Gehilfen, die jetzt und während der Aufspernung in diesen Betrieben beschäftigt wurden und werden, sind unorganisiert und werden deshalb von oben genannten Herren bevorzugt.

Diese Handlungswiese verdient die schärfste Kritik. Erst sperren diese Herren die Gehilfen aus, lassen sie 11 Wochen in der Aufspernung stehen und, nachdem die Aufspernung aufgehoben ist, bevorzugen die Gehilfen die Wiedereinstellung, während die ausgesperrten Gehilfen in der Aufspernung stehen und werden deshalb von oben genannten Herren bevorzugt.

Die Aufspernung verdient die schärfste Kritik. Erst sperren diese Herren die Gehilfen aus, lassen sie 11 Wochen in der Aufspernung stehen und, nachdem die Aufspernung aufgehoben ist, bevorzugen die Gehilfen die Wiedereinstellung, während die ausgesperrten Gehilfen in der Aufspernung stehen und werden deshalb von oben genannten Herren bevorzugt.

Zusatz. Der Verband der Bureauangestellten.

beröffentlicht seinen Jahresbericht für 1912. Daraus ergibt sich eine erfreuliche Entwicklung dieser Berufsorganisation. Der Verband erhöhte seine Mitgliederzahl von 599 auf 7653. Er erzielt eine Einnahme an Beiträgen von 107 000 R., wozu noch rund 24 000 R. aus Buchhandlungs- und Verlagsgeschäften kommen. An Unterhaltungen für Kranke, Stellenlose, Krankengeld etc. wurden rund 26 000 R. aufgewendet. Das Vermögen des Verbandes beträgt sich auf rund 68 000 R. Hierzu kommen noch rund 300 000 R. Vermögen der Pensionisten des Verbandes, zu der jedem Mitglieder der Beitrag bereits mit einem Monatsbeitrag von 1.10 R. freier ist. Auch die Stellenvermittlung hat sich gut entwickelt. Auf diesem Gebiet hat der Verband eine recht segensvolle Tätigkeit entfalten können. Die Stellenvermittlung erfolgt für Verbandsmitglieder und Prinzipale völlig kostenlos. Anmerkungen hierzu können jederzeit bei dem Zentralstellennachweis Berlin O 25, Kaiser-Wilhelm-Straße 18a, erfolgen.

Lehnbewegungen.

Etwa 300 Maurer und Bauhilfsarbeiter in Marburg haben am 23. Mai die Arbeit eingestellt, nachdem die Unternehmer die geforderte Erhöhung des Stundenlohnes um 7 Pf. nicht zugestanden haben. Der bisherige Stundenlohn betrug für Maurer 48 Pf., für Bauhilfsarbeiter 38 Pf. Auch die christliche Organisation hat sich dem Streik angeschlossen. Das Anerbieten einiger Unternehmer, den Stundenlohn um 9 Pf. zu erhöhen, wurde abgelehnt.

Die Malerorganisation des Bappertals erntet die Fortsetzung des Streiks, weil die Hauptarbeitgeber die Anerkennung der Schiedspräside ablehnen.

Am Montag den 26. Mai haben in Kolbetsgraben etwa 100 Bleielarbeiter, die dem Verbund der Fabrikarbeiter angehören, die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter verlangten eine würdige Verbesserung des Stundenlohnes, und zwar von 38 Pf. in diesem Jahre auf 40 Pf. im Jahre 1914 und 43 Pf. im Jahre 1915. An Streikerlöshelmen werden gespart: in diesem Jahre 1.40 R. pro 100 Stck, im nächsten Jahre 1.45 R. und im Jahre 1915 1.50 R. Die Gehälter nicht hohen Forderungen konnten den heutigen Preisen der Steine ohne weiteres bewilligt werden. Die Unternehmer lehnten aber jede Erhöhung herab. Es wird nun mit Hilfe von Stellenvermittlern in Berlin und anderen Orten versucht, die entsprechende Anzahl von Arbeitswilligen zu beschaffen. Im Interesse der streikenden Bleielarbeiter aber liegt es, wenn Streikbrecher nicht ihr elendes Handwerk treiben können. Deshalb ist Jagd nach Hilbergerngehülften.



Parteiangelegenheiten.

Kurs der Parteioffizianten.

Der Sozialdemokratische Verein für die Reichstagswahlkreise...

von 15191,85 M. und einem Klassenbestand von 7035,96 M.

Briefkasten.

Sachsenhaus. Bebel wurde im Februar dieses Jahres 70 Jahre alt...

H. J. Döhlen. Kranheiten der Augen und des Brustfelds...

Bereitschaften für Mittwoch. 6. Kreis. Vgl. Rabenau u. H. Abends 8 Uhr...

Victoria-Salon. Sonnabend den 31. Mai: Schluss der Saison 1912/13.



Wir machen speziell darauf aufmerksam daß wir in Dresden nur ein Geschäftshaus...

Lebensmittel: 5 Pfd. gemahlener Zucker 98, Pa. Rauchfleisch u. Speck Pfd. 82, Zerkleintwurst, holsteiner Pfd. 138.

Bericht über den Schlachtviehmarkt am 26. Mai 1913 zu Dresden.

Table with columns: Schlachtvieh, Schlachtkategorie, Marktpreis für 100 kg Schlachtgewicht.

Kleine Anzeigen

Frauen, Kokos-Flocken, Kleian's Wacholder-Saft, Leib-Binden.

Reiseführer Routenführer

150 Ausflüge in die Umgebung Dresdens, Sächs.-Böhm. Schweiz, Nordliches Deutsch-Böhmen.

Achtung!

Der Wanderer. Mit 8 Tafeln und zahlreichen Textbildern nach Originalaufnahmen.

Gültig vom 28. Mai bis 4. Juni. Sowie Vorrat.

Residenz-Kaufhaus

Prager Strasse, Ecke Waisenhausstrasse.

Schriftliche Bestellungen werden prompt erledigt.

Frisches Fleisch

vom hiesigen Schlachthof sehr preiswert.

| Schweinefleisch | Rindfleisch | Kalbfleisch | Hammelfleisch |
|---|---|--|--|
| Keule Pfund 80 $\frac{1}{2}$ | Oberschale Pfund 95 $\frac{1}{2}$ | Nierenbraten Pfund 100 $\frac{1}{2}$ | Keule Pfund 110 $\frac{1}{2}$ |
| Koteletts u. Kamm Pfund 100 $\frac{1}{2}$ | Kamm u. hohe Rippe PM. 80 $\frac{1}{2}$ | Keule Pfund 95 $\frac{1}{2}$ | Rücken Pfund 100 $\frac{1}{2}$ |
| Blatt u. Schulter . Pfund 80 $\frac{1}{2}$ | Roastbeef Pfund 95 $\frac{1}{2}$ | Brust u. Kamm ... Pfund 90 $\frac{1}{2}$ | Bauch Pfund 85 $\frac{1}{2}$ |
| Bauch: Pfund 75 $\frac{1}{2}$ | Rouladen Pfund 110 $\frac{1}{2}$ | Schnitzel Pfund 160 $\frac{1}{2}$ | Kamm u. Blatt ... Pfund 90 $\frac{1}{2}$ |
| Schnitzel Pfund 120 $\frac{1}{2}$ | Querrippe u. Bauch Pfund 72 $\frac{1}{2}$ | Rücken Pfund 100 $\frac{1}{2}$ | Pökel-Rinderbraten Pfund 120 $\frac{1}{2}$ |
| Schmeer Pfund 70 $\frac{1}{2}$ | | | Pökelfleisch Pfund 85 $\frac{1}{2}$ |
| Frische Bratwurst Pfund 100 $\frac{1}{2}$ | Goulaschfleisch Pfund 70 $\frac{1}{2}$ | Gewiegtes Pfund 78 $\frac{1}{2}$ | Rindsleber .. Pfund 85 $\frac{1}{2}$ |
| | Ein grosser Posten prima mageres Rauchfleisch Pfund 78 $\frac{1}{2}$ | | |

Probieren Sie bitte unsere **feinste**

Süßrahm-Butter Pfund 1²²

Tafelbutter Pfund 1.20 **Kochbutter** Pfund 1.15

Eine grosse Sendung prima **neue**

Margheriten-Kartoffeln

gut kochend, schön im Geschmack

Originalpackt, ca. 60 Pfund schwer, Pfund 9, Anbruch Pfund 11,

| | | | |
|---|---|---|--|
| Puddingpulver .. 10 Pakete 45 $\frac{1}{2}$ | Kopfsalat Kopf 5 $\frac{1}{2}$ | Gemahlener Zucker 5 Pfund 98 $\frac{1}{2}$ | Malz-Kaffee Pfund 18 $\frac{1}{2}$ |
| Rote Grütze 10 Pakete 45 $\frac{1}{2}$ | Radieschen 4 Bund 10 $\frac{1}{2}$ | Würfelzucker Pfund 24 $\frac{1}{2}$ | Weisse Bohnen .. Pfund 15 $\frac{1}{2}$ |
| Götterspeise ... 3 Pakete 90 $\frac{1}{2}$ | Retliche Bund 4 $\frac{1}{2}$ | Rangoon-Reis Pfund 18 $\frac{1}{2}$ | Graupen Pfund 16 $\frac{1}{2}$ |
| Gemüse-Nudeln ... Pfund 26 $\frac{1}{2}$ | Spinat Pfund 5 $\frac{1}{2}$ | Patna-Reis Pfund 24 $\frac{1}{2}$ | Gesch. halbe Erbsen Pfund 20 $\frac{1}{2}$ |
| Makkaroni Pfund 30 $\frac{1}{2}$ | Salat-Gurken, gross .. Stück 20 $\frac{1}{2}$ | Kadangh-Reis Pfund 32 $\frac{1}{2}$ | Pflaumen, ohne Stein .. Pfund 52 $\frac{1}{2}$ |
| Eierfaden-Nudeln .. Pfund 36 $\frac{1}{2}$ | Stachelbeeren Pfund 40 $\frac{1}{2}$ | Hartgrieß, fein Pfund 18 $\frac{1}{2}$ | Mischobst Pfund 46 u. 38 $\frac{1}{2}$ |

Feinstes Grießmehl, Ungarische Mahlung.

10-Pfd.-Beutel 1.80, 5-Pfd.-Beutel 95 $\frac{1}{2}$

Feinster Himbeersaft, garantiert rein mit Zucker eingekocht.

$\frac{1}{1}$ Flasche 82, $\frac{1}{2}$ Flasche 50 $\frac{1}{2}$

Marmeladen und Jams

von der Firma Keller & Son, Tangermünde.

Orange 2-PM.-Topf 1.50 1-PM.-Topf 85 $\frac{1}{2}$

Erdbeer 1-PM.-Glas 1.00

Nimbeer 1-PM.-Glas 1.00

Aprikosen 1-PM.-Glas 1.00

Nimbeer mit Johannisbeere 1-PM.-Glas 90 $\frac{1}{2}$

Johannisbeere mit Kirsch 1-PM.-Glas 90 $\frac{1}{2}$

Gemischte Früchte .. 1-PM.-Glas 50 $\frac{1}{2}$

Gemischte Früchte .. 2-PM.-Glas 95 $\frac{1}{2}$

Aprikosen 1-PM.-Glas 75 $\frac{1}{2}$

Nimbeer 1-PM.-Glas 80 $\frac{1}{2}$

Kirsch 1-PM.-Glas 80 $\frac{1}{2}$

Ein grosser Posten frisch geschlachtete junge **Tauben** Stück 68 $\frac{1}{2}$

Ein Posten Prima **Mettwurst,** sehr schön Pfund 88 $\frac{1}{2}$

Holst. Cervelat u. Salami, harte Pfund 1.38

Halberst. Bockwurst .. Stück 20 $\frac{1}{2}$, Dose Inhalt 40 Stück 7.25

| Frische Ananas | Frische Weintrauben |
|---|--|
| sehr preiswert | Pfund 75 $\frac{1}{2}$ |
| Junge Erbsen, mittelfein, 2-PM.-Dose 55 $\frac{1}{2}$ | Karotten, geschitten .. 2-PM.-Dose 28 $\frac{1}{2}$ |
| Junge Erbsen 2-PM.-Dose 42 $\frac{1}{2}$ | Sellerie, in Scheiben .. 2-PM.-Dose 85 $\frac{1}{2}$ |
| Gemüse-Erbsen 2-PM.-Dose 38 $\frac{1}{2}$ | Junge Schnittbohnen 2-PM.-Dose 30 $\frac{1}{2}$ |
| Stangenspargel 0 2-PM.-Dose 1.15 | Preisselbeeren 2-PM.-Dose 72 $\frac{1}{2}$ |
| Bruchspargel 0 2-PM.-Dose 90 $\frac{1}{2}$ | Heidelbeeren 2-PM.-Dose 65 $\frac{1}{2}$ |

Bowlen und Tischweine

Edesheimer Flasche 85 $\frac{1}{2}$

Edenkobener Flasche 75 $\frac{1}{2}$

Oberhaardter Flasche 85 $\frac{1}{2}$

Sprendlinger Flasche 85 $\frac{1}{2}$

Remicher Flasche 1.00

Zeltlinger Flasche 1.10

Oppenheimer Flasche 1.15

Niersteiner Flasche 1.25

Insel Sames Flasche 98 $\frac{1}{2}$

Malaga Flasche 1.25

Châtes du Rhone Flasche 68 $\frac{1}{2}$

Roussillon Flasche 80 $\frac{1}{2}$

Seefische ganz frisch

| | | |
|---|-------------------------------------|--------------------------------------|
| Schellfisch ohne Kopf, Pfund 22 $\frac{1}{2}$ | Seelachs ... Pfund 20 $\frac{1}{2}$ | Bratschollen, Pfund 22 $\frac{1}{2}$ |
| Schellfisch mit Kopf, Pfund 28 $\frac{1}{2}$ | Seehecht ... Pfund 30 $\frac{1}{2}$ | Rotzunge ... Pfund 30 $\frac{1}{2}$ |
| Kabeljau ... Pfund 22 $\frac{1}{2}$ | Knurrhahn .. Pfund 24 $\frac{1}{2}$ | Fischilet ... Pfund 50 $\frac{1}{2}$ |

Erfrischungen

Limonaden Glas 10 $\frac{1}{2}$

Erdbeerbowle Glas 20 $\frac{1}{2}$

Eis Portion 15, mit Sahne 20 $\frac{1}{2}$

Eiskaffee Glas 25 $\frac{1}{2}$

Eischokolade Glas 30 $\frac{1}{2}$

Eis-Balsor 25 $\frac{1}{2}$

Im Erfrischungsraum besonders zu empfehlen:

Konditoral

Frische Erdbeeren, m. Sahne 20 $\frac{1}{2}$

1 Glas Schlagsahne ... 15 $\frac{1}{2}$

1 Stück Torte 15, mit Sahne 20 $\frac{1}{2}$

Anerkant vorzüglich

Kaffee Tasse 15 $\frac{1}{2}$

Kaffee Büfett

Belegte Brötchen .. Stück 10 $\frac{1}{2}$

Russ. Salat Portion 30 $\frac{1}{2}$

Residenz-Platte 50 $\frac{1}{2}$

Schwedische Platte ... 30 $\frac{1}{2}$

1 Aufschnitt mit Butter und Brot 40 $\frac{1}{2}$

Warme Küche

Pökelpöschchen mit Salat .. 40 $\frac{1}{2}$

Schnitzel mit Stangenspargel . 75 $\frac{1}{2}$

Goulasch 45 $\frac{1}{2}$

2 Hummerpasteten ... 60 $\frac{1}{2}$

Reka-Platte 50 $\frac{1}{2}$

Kalbsbrust, mit Kalbsrechten . 60 $\frac{1}{2}$

Small vertical text on the right edge of the page.

